Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 79.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 2. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Die zweite Lesung der Strafgesetznovelle.

Nach längeren Verhandlungen über die Strafgesetznovelle, als ursprünglich erwartet war, ist dieselbe in zweiter Lesung zum Abschluß gekommen. Hervorragende Momente in derselben bilden die Beschlüsse über die Antragsverbrechen, über die erfolglose Anstiftung und über diplomatische Amtsvergehen. Unter diesen drei Gegenständen war es allein in Betreff des letzteren zweifelhaft, ob eine Verständigung würde herbeigeführt werden über eine Bestimmung, welche als eine nach streng juristischen Begriffen zulässige Definition des Vergehens sich darstellen und in diesem sehr eingeschränkten Umfange der Regierung annehmbar sein würde. In dieser Hinsicht hatte von Hause aus das größte Interesse diesem Gegenstande sich zugewendet und nach eingehenden Besprechungen ist es gelungen, eine solche herzustellen. Die nationalliberale „Berl. Aut. Korr." zieht folgendes Ergebniß:

Der ganz unannehmbare Vorschlag der Regierung ist durch einen Wortlaut ersetzt worden, welcher nach dem ausdrücklichen Zugeständniß der Gegner das Anerkenntniß verdiente, einen wirklichen kriminalistischen Inhalt in der zulässigen Form eines Strafgesetzes wiederzugeben; allein darüber blieb der Gegensatz, ob es im politischen Interesse rathsamer wäre, solche diplomatischen Amtsvergehen dem gewöhnlichen Strafrecht zuzuweisen oder sie dem nicht-öffentlichen Disziplinarverfahren zu überlassen. In diesen politischen Erwägungen entschied sich die Mehrheit für die Aufnahme der Bestimmung in das Strafgesetzbuch freilich unter der Voraussetzung, daß der Fall, in welchem die Bestimmung zur Anwendung kommen möchte, eine der äußersten Seltenheiten bleiben und daß alsdann die Regierung stets erwägen würde, ob der Kriminalprozeß ohne Schädigung des öffentlichen Wohles angestrengt werden könnte. Die Verständigung über die beiden anderen Gegenstände war schon nach der ersten Lesung unzweifelhaft, und wenn auch über die besondere Art der Lösung in Betreff der erfolglosen Anstiftung die Ansichten auseinander gingen, so war doch darüber, daß eine Lösung zu erfolgen habe, beinahe der ganze Reichstag einstimmig.

Außerdem sind, was gleichfalls die erste Lesung schon in Aussicht gestellt hatte, zahlreiche Verbesserungen und Ergänzungen beschlossen worden, welche in ihrer Mehrheit kaum einer Meinungsverschiedenheit unterlagen. Allen diesen Beschlüssen ist gemeinsam, daß sie unter die Gattung von Revision fallen, welche schon im Jahre 1870 als in kürzester Zeit wahrscheinlich anerkannt war. Dagegen hat der Reichstag ausnahmslos diejenigen Anträge der Novelle zurückgewiesen, welche darauf berechnet waren, das System des deutschen Strafgesetzbuches bald in einem weiteren, bald in einem engeren Umfange abzuändern. Soweit sich jetzt übersehen läßt, werden in der dritten Lesung nur wenige Fragen noch ernst erwogen werden; aus dem Gange der Verhandlungen in der zweiten Lesung läßt sich schließen, daß diese Erwägungen sich beschränken werden auf die Bestimmungen über im Auslande begangene Verbrechen und auf die nochmalige Prüfung, welcher von den Fassungen der Bestimmungen über erfolglose Anstiftung aus juristischen Erwägungen den Vorzug verdient. Während diese beiden Fragen rein juristischer Natur sind, wird wahrscheinlich derjenige Theil des Reichstags, welcher schon in zweiter Lesung für den § 130a (Ergänzung des „Kanzelparagraphen") gestimmt hat, diesen Paragraphen in dritter Lesung zur nochmaligen Entscheidung zu bringen. Die sehr geringe Mehrheit, mit welcher dieser Paragraph in zweiter Lesung abgelehnt wurde, berechtigt, wie auch die Gegner dieses anerkennen müssen, zu einer wiederholten Entscheidung in einem Hause Gelegenheit zu geben, welches in der dritten Lesung wahrscheinlich voller als zur Zeit jener Bestimmungen besetzt sein wird. Demgemäß läßt sich heute schon im Großen und Ganzen mit ziemlicher Sicherheit das Endergebniß der Verhandlungen über die Strafgesetznovelle übersehen; dasselbe wird im Wesentlichen das von der liberalen Partei von Hause aus ins Auge gefaßte Ziel erfüllen mit der Erweiterung jedoch, daß allen technischen Punkten das deutsche Strafgesetzbuch durchgesehen und den dabei entdeckten Mängeln abgeholfen worden ist. Daran läßt sich die Hoffnung knüpfen, daß dieser für das Rechtsbewußtsein wichtigste Theil des öffentlichen Rechts aus den Kreisen der bisherigen Agitation ausscheiden und eine neue wohlthätige Befestigung gewinnen wird.

Weniger befriedigt ist die Fortschrittspartei von dem Resultate der zweiten Lesung, besonders hat die Annahme des Arnim-Paragraphen, wozu noch die Angriffe der „Nat.-Ztg." kamen, schlechte Stimmung in der genannten Partei erzeugt. Einigen Trost finden die Herren in dem Umstande, daß ihr Wortführer Professor Hänel ihren Standpunkt in einer glänzenden Rede vertheidigt hat. Unser Σ-Korrespondent giebt in einer Schlußbetrachtung, die uns gestern wiederum zu spät zugegangen ist, der Stimmung im fortschrittlichen Lager folgenden Ausdruck:

Wer im Reichstage Zeuge aller jener privaten Anerkennungen war, die am Sonnabend dem Abg. Hänel von verschiedenen Parteiführern gezollt wurden, zugleich auch das Fehlen hervorragender Konservativen bei der Abstimmung zu würdigen weiß, muß zugeben, daß die wirkliche Meinung der weit überwiegenden Mehrheit des Reichstages in dem Redner der Minderheit vollen Ausdruck gefunden hat. (?) Der Sieg (?) in der Debatte läßt die Fortschrittspartei auch die Trennung von denjenigen Nationalliberalen in der Abstimmung verschmerzen, welche in der sachlichen Beurtheilung des Arnimparagraphen mit ihr übereinstimmten. Man würde den inneren Werth der Abstimmung vollkommen überschätzen, wenn man jene Nationalliberalen ihrer abweichenden Taktik halber ernsthaft angreifen wollte. Was kommt auf eine noch ab und zu auseinandergehende Taktik in Einzelfragen zu einer Zeit sonderlich an, wo diesen Nationalliberalen eine übereinstimmende Taktik mit der Fortschrittspartei durch die politische Situation selbst mit jedem Tage stärker aufgezwungen wird? Nur noch eine kurze Weile brauchen die Angriffe nach der neuesten Methode von Eulenburg und Hofmann fortgesetzt zu werden und auch Herr Bamberger sieht sich genöthigt, zu seiner wirksameren Abwehr die kräftigen Geschosse vom Donnerstag auf höher stehende Ziele zu richten. Die Presse der Fortschrittspartei wird sich hoffentlich auch durch den die Partei angreifenden Leitartikel in der Sonntagsnummer eines hiesigen Blattes nicht beirren lassen, für dessen Haltung man außerhalb Berlins mitunter irrthümlicher Weise die parlamentarische Partei der Nationalliberalen verantwortlich macht. Ebensogut könnte man die „Kölnische Zeitung" als ein Organ dieser Partei bezeichnen. Der parlamentarische Verfasser des Artikels gehört zur Zeit keiner Partei an, sondern beschäftigt sich wesentlich mit der Anfertigung von Sprengpatronen, die er früher innerhalb der Fortschrittspartei zu verwenden suchte, jetzt theils zwischen Fortschrittspartei und Nationalliberalen, theils innerhalb der nationalliberalen Partei auffliegen läßt. In demselben Artikel, in welchem er das „fernere zähe Zusammenhalten" der Nationalliberalen mit den Konservativen empfiehlt, wirft er der Fortschrittspartei vor, bei der neuesten Auflage der Kanzelparagraphen „die deutsche Politik nach Kanossa dirigirt zu haben." Bekanntlich betheiligten sich vorgestern an dieser Dirigirung der deutschen Politik nach Kanossa auch die Abgg. Lasker, Miquel und v. Forckenbeck durch eine sich der Fortschrittspartei anschließende Abstimmung.

Während sich die Fortschrittspartei mit ihrem „Sieg in der Debatte" tröstet, wird die Regierung Befriedigung über die Ergebnisse empfinden und diesem Gefühl wahrscheinlich in der nächsten „Provinzial-Korrespondenz" Ausdruck geben. Einstweilen äußert sich ein offiziöser Korrespondent wie folgt:

Die Verhandlungen des Reichstags über die Strafgesetz-Novelle haben schließlich zu Beschlüssen geführt, welche den trüben Eindruck mancher vorausgegangenen Voten wieder ausgeglichen, im Ganzen und Großen aber ein Ergebniß geliefert haben, welches weit über die Grenzen hinausreicht, die in der ersten Berathung als unüberschreitbar bezeichnet waren. Von einer Niederlage der Regierung, welche die Fortschrittspresse konstatiren zu dürfen glaubt, ist daher gar keine Rede. Die Vorlage war bestimmt, das Strafrecht in verschiedenen Punkten zu berichtigen und zu ergänzen und über die Nothwendigkeit der Revision wurde eine prinzipielle Verständigung erzielt, während nur über den Umfang der Revision sich Meinungsverschiedenheiten herausstellten. Gleichwohl ist über alle Punkte, auf welche die Reichsregierung ein Hauptgewicht (!) legte, Verständigung erzielt worden und eine solche auch bezüglich vieler anderer Punkte nicht ausgeblieben. — Was die Debatte über § 130 betrifft, so ergiebt sich schon jetzt, daß die Rede des Grafen Eulenburg im Lande nicht wirkungslos geblieben ist. Mindestens sind ihm bereits aus vielen industriellen Kreisen des Landes anerkennende Mittheilungen darüber zugegangen. Gewiß aber darf man überzeugt sein, daß das Vorgehen gegen die Sozialdemokraten nicht aus der individuellen Neigung des einzelnen Ministers entsprang, sondern der Uebereinstimmung mit der Reichsregierung.

Die beiden zuletzt angegebenen Momente brauchen sich durchaus nicht auszuschließen. Der Paragraph gegen die Sozialdemokraten kann sehr wohl der Neigung des Grafen Eulenburg entsprungen sein und später die Genehmigung der Reichsregierung erhalten haben. Wir halten diese Annahme schon deßhalb für richtig, weil der Bundesrath es ruhig dem neu ernannten Bundeskommissar überließ, seinen Paragraphen zu vertheidigen. Daß dieser Paragraph fast einstimmig abgelehnt wurde, bedeutet gewiß eine Niederlage und zwar um so mehr als (wie der offiziöse Korrespondent zugeben muß) das Haus geneigt war, der Reichsregierung bis an die äußersten Grenzen der Möglichkeit entgegen zu kommen.

Am Sonntag den 30. Januar haben in Frankreich die Wahlen von 225 Senatoren stattgefunden, nachdem die Nationalversammlung vor ihrer Vertagung 75 lebenslängliche Mitglieder in den Senat gewählt hatte. Die Wahlen wurden durch Listenskrutinium von Wahlkörpern vollzogen, die in jedem Departement aus den dasselbe in der Nationalversammlung vertretenden Deputirten, aus den Mitgliedern des Generalrathes und der Arrondissementsräthe und aus Delegirten der Gemeinden bestehen, jede Gemeinde, wie groß oder wie klein sie ist, hat durch ihren Gemeinderath einen solchen Delegirten zu wählen. Die Wahlschlacht ist beendet und der Sieg den Verfassungstreuen zugefallen, die auf Grund der Konstitution Wallon vom 25. Januar 1875 einen ehrlichen Versuch mit der Republik machen wollen. Von den 225 Wahlen liegen über 219 Berichte vor. Nach diesen offenbar von der Regierung ausgegebenen Berichten sollen 130 Kandidaten, mit deren Wahl die Regierung sich einverstanden erklärte, gewählt sein, 8 Bonapartisten, 63 Radikale oder Republikaner und 15 vom linken Zentrum. Was die Bezeichnung: Kandidaten, mit deren Wahl die Regierung sich einverstanden erklärt, bedeuten soll, bleibt vorerst abzuwarten. Mit Spannung sah man dem Resultat der Wahlen in der Stadt Paris entgegen, welche von jeher den zweifelhaften Ruhm sich bewahrt hatte, die ultraradikalsten, von einem Anfluge bombastischer Phrasen-Komik nicht ganz freien Vertreter zu ernennen. Seltsam genug sind diesmal in erster Linie die Kandidaten der gemäßigten Republikaner aus den Männern der Metropole hervorgegangen und erst im zweiten Wahlgange Victor Hugo mit 115 Stimmen und Peyrat. Von den Ministern haben Leon Say, Vikomte de Meaux und Cailleaux die Mehrheit erlangt; unterlegen sind, wenigstens soweit die Berichte reichen, Dufaure und Buffet. Mit besonderem Interesse liest man dem gegenüber, daß Thiers gewählt ist. Ferner sind gewählt der Herzog von Broglie, der Marschall Canrobert, der Admiral Ronciere de Noury, der französische Botschafter in Berlin, Gontaut Biron. Der Charakter der Wahlen im Allgemeinen läßt sich daher, sowie speziell der für Paris, als der konservativen Republik günstig bezeichnen, wenigstens wird, soweit es auf den Senat ankommt, mit Hinzurechnung der schon früher ernannten 75 lebenslänglichen Mitglieder eine gemäßigt republikanische Mehrheit über die Verwirklichung der konservativen Republik wachen.

Deutschland.

△ **Berlin**, 31. Januar. Durch eine Verordnung des Kultusministers sind die Provinzial-Schul-Kollegien auf die vom „Nordwestdeutschen Volksschriften-Verlage" in Bremen herausgegebenen Schriften aufmerksam gemacht worden, weil dieselben geeignet wären, in der Jugend die vaterländische Gesinnung zu wecken und zu stärken. Insbesondere wird auf den „Niedersächsischen Volkskalender für 1876 — Berliner Bilder von Ferd. Schmidt — Hausschatz deutscher Erziehung" u. s. w. aufmerksam gemacht, welche sich zur Anschaffung für Schulprämien und die Bibliotheken gehobener Volksschulen, Mittelschulen und Präparandenanstalten empfehlen.

Ω **Berlin**, 31. Januar. Zu der in den letzten Jahren ohnehin so außerordentlich gesteigerten Artilleriewirkung ist jetzt noch eine neue Erfindung hinzugetreten, durch welche dieselbe noch unendlich erweitert und geradezu als unwiderstehlich hingestellt wird. Dem belgischen Artilleriemajor Le Boulengé ist es nämlich gelungen, ein Telemeter genanntes Instrument zu konstruiren, vermittels dessen nach dem ersten von dem Gegner abgegebenen Schuß aus dem Schall die Entfernung, aus welcher derselbe abgefeuert worden ist, ohne jeden Zeitverlust und ohne jede schwierige Berechnung auf das Genaueste bestimmt zu werden vermag. Das einzige Hinderniß, welches für die ausgiebigste Ausnutzung der Artilleriewirkung bisher noch obwaltete, nämlich die für eine genaue Zielnahme so wichtige und unerläßliche richtige Distanzbestimmung, kann mit dieser Erfindung, welche im vorigen Jahre bereits auf beinahe allen Artillerie-Versuchschießplätzen den umfassendsten Versuchen unterzogen, und die von den Vereinigten Staaten von Amerika bereits bei ihrer Marine eingeführt worden ist, als gehoben angesehen werden. Dasselbe Instrument ist neuerdings von dem Erfinder auch noch für die Anwendung bei jedem beliebigen gezogenen Gewehr eingerichtet worden, wo es dem Seitentheil des Gewehrkolbens eingefügt wird, und gleicherweise mit dem ersten vom Gegner abgefeuerten Schuß dem Schützen die Möglichkeit bieten soll, sofort bis auf einen Meter Distanz die Entfernung bis zu jenem bestimmen zu können. Die Versuche für diese weitere Ausdehnung der Benutzung des Telemeter scheinen jedoch noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden zu können, jene anderen Versuche mit dem Geschütz-Telemeter haben hingegen, wie schon erwähnt, bereits die vorangeführten Ergebnisse erzielt, und ist damit namentlich für die Geschützwirkung auf dem Meere und bei Kämpfen von Strandbatterien gegen Flottenabtheilungen, wo die Distanzenbestimmung bisher so schwierig und meistentheils einer nur ungefähren Schätzung anheimgegeben war, ein ganz neues und überaus bedeutsames Moment hinzugetreten, das in einem noch weit höheren Maße als eine Torpedosperre auch den stärksten Panzerschiffen die gewaltsame Eröffnung einer Hafeneinfahrt oder einer Flußmündung geradezu unmöglich machen dürfte. — Die Veröffentlichung des neuen englischen Armee-Organisations- oder wie die offizielle Bezeichnung dafür lautete, des neuen englischen Mobilmachungsplanes, welche durch ihren unmittelbaren Anschluß an die Erwerbung des Suezkanals vor fünf oder sechs Wochen ein so großes und allgemeines Aufsehen erregte, hat zunächst nur die Frucht getragen, über das englische Militärwesen eine Reihe von meist offiziell bekannt gegebenen Einzelheiten zu Tage zu fördern, welche England militärisch noch weit schwächer darstellen, als ohnehin längst angenommen wurde, und die eine auch nur annähernde Verwirklichung der erlassenen Bestimmungen schlechterdings fast unmöglich erscheinen lassen. Die Ziffer der aktiven Streitkräfte, welche durch den neuen Mobilmachungsplan von England für einen Kriegsfall aufgeboten werden sollen, findet sich in dem Erlaß vom 8. Dezember v. J. zu 294,440 M. mit 94,904 Pferden, 720 Geschützen und 12,104 Fahrzeugen angegeben, welchem gegenüber nach dem letztveröffentlichten Etat des Personalstandes der Armee und Miliz in den drei vereinigten Königreichen 100,000 M. der königlichen Armee, 139 000 M. Miliz, 12,500 Yeomanry-Kavallerie und 32,000 M. Reserven, oder im Total 283,500 M vorhanden sein sollten. Verwendungsfähig verbleiben jedoch, wie die neuen, großentheils amtlichen Veröffentlichungen ausweisen, von der königlichen Armee, nach Abzug der zu Besatzungszwecken unbedingt benöthigten Truppentheile, nur 63 Bataillone, 57 Feldbatterien mit 342 (statt 720 Geschützen und 11 resp. 13 Kavallerie-Regimenter statt 800 und auf dem Kriegsfuß 1000 M. zählen dabei die Bataillone nach ihrem zeitigen Stande durchgehends nur 500 bis 600 M., und von den acht aufzustellenden Armeecorps verfügen drei nur über je eine einzige ihnen zugetheilte Feldbatterie, während dem 8. Armeecorps gar keine Artillerie hat zugetheilt werden können. Bei denselben vier Armeecorps können gleicherweise aus Mangel daran keine Genietruppen eingetheilt werden, und ganz ähnlich verhielt es sich selbst bei den beiden zu einer unmittelbaren auswärtigen Verwendung bestimmten ersten Armeecorps mit dem Train und allen anderen Kriegsbranchen. An Pferden beansprucht der neue Mobilmachungsplan, wie oben schon angeführt, 94,900, und sind davon bei der Armee 15,162 vorhanden. An Mannschaften müßten, um diesen Plan zu verwirklichen, für die königliche Armee allein noch gegen 60,000 M. angeworben werden. Seit Jahren bereits liefert jedoch die Werbung ein so ungenügendes Ergebniß, daß die im vorigen Jahre nach dem Lager von Aldershot abkommandirt gewesenen 28 Bataillone bei einem Etat von 15,826 M. ein Manco von 3881 Köpfen ausgewiesen haben. Schlimmer scheinen die Dinge

noch bei der Armeereserve bestellt, für welche über den faktischen und wirklich noch anwendbaren Mannschaftsstand derselben genaue Nachweise noch ganz fehlen. Bei der Fülle von finanziellen Ansprüchen, welche auf Grund dieses Plans an das Parlament erhoben werden müßten, kann übrigens wohl schon jetzt dessen gesetzliche Sanktionirung durch dasselbe als im hohen Grade zweifelhaft angesehen werden.

□ **Berlin**, 31. Januar. Schon seit Wochen tauchte in der Presse immer wieder die Nachricht auf, die Fortschrittspartei werde die in Preußen mannigfach vorgekommenen Beeinflussungen zur Erfüllung der sogenannten kirchlichen Verpflichtungen in Bezug auf Trauung und Taufe zum Gegenstande einer Interpellation machen. Als vor wenigen Tagen die Interpellation Wiggers über die Ausführung des Reichszivilehegesetzes in Mecklenburg bekannt wurde, glaubte man allgemein, daß bei dieser Gelegenheit auch die vielbesprochenen Vorgänge in Preußen, wie z. B. die Absetzung des Schullehrers in Weißensee, der sich nicht kirchlich trauen ließ, und das Verhalten einiger Militärbehörden und der von ihnen auf ihre Untergebenen geübte Druck zur Eingehung der Trauung zur Erörterung kommen würden. In der heutigen Sitzung des Reichstages kam die Interpellation Wiggers zwar zur Besprechung — aber die preußischen Vorgänge wurden kaum gestreift. Mecklenburg beschäftigte den Reichstag zwei Stunden lang, und große Resultate sind davon nicht zu verzeichnen. Nach Motivirung der Interpellation von Seiten des Antragstellers konstatirte Präsident Delbrück, daß das Reichskanzleramt von den mecklenburgischen Regierungen die Verordnungen erhalten und sie geprüft habe. Die Reichsregierung habe sich indeß bei keiner derselben zu einem Einschreiten bewogen finden können; denn die Erlasse bewegten sich ganz auf dem Boden der Dienstpragmatik, welche außerhalb der Sphäre der Reichsgesetzgebung liege. Eine Prüfung, ob diese Verordnungen zweckmäßig seien, gehöre nicht zur Befugniß des Reichskanzleramts. Die Diskussion über die Interpellation, in welche das Haus zu treten beschloß, eröffnete Abg. Baumgarten mit der Ausführung, daß der Segen des Gesetzes für Kirche und Staat verloren ginge, wenn man es nicht den Intentionen des Gesetzgebers gemäß ausführe. Abg. v. Maltzahn (Gültz) begreift nicht, wie man in den Erlassen Grund zum Einschreiten finden könne. Der mecklenburgische Vertreter von Prollius schloß sich den Ausführungen des Präsidenten Delbrück an und wies darauf hin, daß seine Regierung kein Hehl aus ihrer Antipathie gegen das Zivilehegesetz gemacht habe; nachdem dasselbe jedoch in Kraft getreten, gehe sie ernstlich an dessen Ausführung (?). Der Abg Schulte erklärte die Erläuterungen Delbrücks ebenfalls für korrekt. Ein Grund zum Einschreiten wäre deshalb nicht vorhanden, weil in foro interno der Kirche das Recht der Gesetzgebung nicht bestritten werden könne; die Verordnungen seien aber ein innerer kirchlicher Akt, vollführt von dem Großherzog als summus episcopus und der obersten Landeskirchenbehörde. Die Abgeordneten von Saucken (Tarputschen) und Wehrenpfennig bekämpften indeß diesen Standpunkt energisch, da Reichsgesetze von Seiten der Partikularstaaten nicht illusorisch gemacht werden dürften. Abg. Windthorst dagegen ist der Ansicht, daß die Interpellation besser unterblieben wäre. Damit war dieser Gegenstand erledigt. Das Haus berieth noch einen kleinen Theil des Abänderungsgesetzes zur Gewerbeordnung und vertagte sich dann auf morgen.

— Der „Staatsanz." bringt folgende den Justizminister betreffende Erklärung:

Die Thatsache, daß in Veranlassung des Beschlusses der Reichs-Justizkommission wegen Einführung von Schöffengerichten an Stelle der vorgeschlagenen Strafkammern die Justizbehörden von dem Justizminister zu einer gutachtlichen Aeußerung hierüber aufgefordert worden sind, hat, wenn anders die Nachricht einiger Blätter richtig ist, die Auffassung hervorgerufen, daß der Justizminister sich nicht gern dem gedachten Beschlusse anschließen und durch die erforderten Berichte nur Material für seine ablehnende Haltung sammeln wolle. Wie wenig diese Auffassung irgend welche Begründung hat, ergiebt sich wohl am besten daraus, daß der Justizminister in seinem Erlasse die Behörden ausdrücklich angewiesen hat, die von ihm gewünschte Meinungsäußerung auf der Grundlage einer unbefangenen und praktischen Anschauung unserer rechtlichen, politischen und sozialen Zustände abzugeben, und dabei von jeder Rücksicht auf die Stellung abzusehen, welche die preußische Regierung zur Frage über die Gestaltung der Strafgerichte bisher eingenommen hat. Dieser Inhalt der ergangenen Verfügung läßt klar erkennen, daß der Justizminister zur Zeit weder über eine zustimmende, noch über eine ablehnende Haltung zu dem vorerwähnten Beschlusse eine Entschließung gefaßt hat.

— Auf eine an das kaiserliche General-Telegraphenamt gerichtete Anfrage, ob bei Aufgabe von Privatdepeschen eine unorthographische Schreibweise Zwecks Ersparung von Worten und Umgehung des Maximalsatzes von 15 Buchstaben für jedes Wort (z. B. „Zusamenstellung" oder „Zusammenstelung" statt „Zusammenstellung") zulässig sei, ist soeben folgende Antwort ergangen, die für weitere Kreise von Interesse sein dürfte:

Ew. 2c. wird ergebenst erwidert, daß die Telegraphenverwaltung jedes Telegramm zur Beförderung annimmt, welches nicht gegen die Bestimmungen der Telegraphenordnung und der übrigen desfalls bekannt gemachten Erlasse 2c. verstößt. Hiernach ist der Telegrammaufgeber auch berechtigt, sein Telegramm unorthographisch abzufassen. Es wird dabei jedoch in den meisten Fällen die Einfachheit eines offenen, d. h. in gewöhnlicher Sprache abgefaßten Telegramms verloren gehen und die Niederschrift als in Chiffern abgefaßt angesehen werden müssen. Für Telegramme der letzteren Art werden Chiffregruppen bis zu je fünf Buchstaben als ein Textwort gerechnet: außerdem wird hier die Bezahlung der Kollationirung verlangt, so daß sich die zur Erhebung gelangende Gebühr nicht unwesentlich erhöht, für den Aufgeber aber die Möglichkeit einer Ersparniß nicht abzusehen ist.

— Die „Deutsche Schulzeitung" bringt einen längeren Bericht über den am 28. Dez. v. J. bei der Frau Minister Falk stattgehabten Empfang einer Deputation von berliner Privat-Töchterschul-Vorstehern und Vorsteherinnen, welche der Frau Minister die von 25 Vorstehern und Vorsteherinnen bezüglich der „Allg. deutschen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen gefaßten Beschlüsse überreichte. Anwesend war auch der Vorsitzende des Zentralverwaltungs-Ausschusses Ministerialdirektor Greiff. Schulvorsteher Stäckel führte in seiner Anrede u. A. aus:

Nachdem durch Allerhöchsten Erlaß des Kaisers vom 15. Oktober d. J. die „Allgemeine deutsche Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen" ins Leben geführt, trat an die berliner Privat-Töchterschulen, welche eine sehr beträchtliche Zahl von Lehrerinnen beschäftigen, die Frage heran, welche Stellung sie gegenüber der begründeten Anstalt zu nehmen hätten. Es gelang im engeren Kreise hierüber eine Verständigung zu erzielen, und auf Grund derselben wurde eine Versammlung sämmtlicher Leiter und Leiterinnen der hiesigen Privat-Töchterschulen berufen, um die angedeutete Frage einer gemeinsamen Besprechung zu unterziehen. Die Erschienenen einigten sich zu folgenden Beschlüssen: 1) Die Vorsteher, Vorsteherinnen der Privat-Töchterschulen Berlins verpflichten sich zur Förderung der Interessen der Allg. deutschen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen. 2) Die Vorsteher und Vorsteherinnen verpflichten sich, vom 1. April 1876 ab Lehrerinnen, welche das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, in der Regel nur dann zu engagiren, wenn dieselben der Pensionsanstalt bereits beigetreten oder die Aufnahme in dieselbe sofort nachzusuchen bereit sind. 3) Jeder Vorsteher und jede Vorsteherin zahlt jährlich eine bestimmte Summe, deren Höhe von dem Einzelnen selbst zu bestimmen ist, zum Hilfsfonds. Endlich wurde noch ein vierter Beschluß gefaßt, der jedoch behufs seiner Realisirung noch der Zustimmung des Kuratoriums bedarf: Die Vorsteher und Vorsteherinnen verpflichten sich, Schulgeldreste, welche nur auf dem Wege der Klage zu erlangen sind, dem Hilfsfonds zu überweisen, überlassen jedoch dem Kuratorium die gerichtliche Beitreibung dieser Gelder. Was die zu zahlenden Beiträge zum Hilfsfonds betrifft, so sind dieselben fortlaufende; es erschien aber in Rücksicht auf die Veränderlichkeit der Verhältnisse gerathen, die Höhe derselben nicht für eine längere Reihe von Jahren im Voraus zu bestimmen, sondern immer für ein einzelnes Jahr. Die vereinigten 25 Vorsteher und Vorsteherinnen haben für das Jahr 1876 in Summa gezeichnet 2510 Mark.

Die Frau Minister sprach ihre herzliche Freude aus über die ihr behändigten Beschlüsse, sie freue sich auch besonders darüber, daß aus den Schulkreisen die berliner Privat-Töchterschulen die ersten seien, durch welche dem Hilfsfonds eine so überaus dankenswerthe Zuwendung zu Theil werde; sie hoffe mit ganzer Bestimmtheit, daß dieses von Berlin gegebene Beispiel aller Orten für die so wichtige Sache eine kräftige Anregung geben und Nacheiferung erwecken werde, sie fühle sich zu aufrichtigem Danke allen Betheiligten verpflichtet. In gleich anerkennender Weise äußert sich auch der Ministerialdirektor Greiff; er wolle nicht verhehlen, daß ihn bisweilen eine stille Sorge beschlichen, ob wohl alles nach Wunsch gehen werde, jetzt spreche er freudig aus, sei diese Sorge geschwunden und erwarte er mit voller Zuversicht, daß die Pensionsanstalt nach allen Seiten hin sich gedeihlich entwickeln werde.

— Der Reichskanzler hat, der „Wes.-Ztg." zufolge, beim Bundesrathe die Aufhebung des Pferdeausfuhr-Verbotes beantragt, dieselbe damit motivirend, daß die Gründe, welche den Erlaß desselben im vorigen Frühjahre veranlaßt haben, weggefallen seien.

— Durch §§ 13 und 17 der Allgemeinen Verfügung des Ministers der geistlichen 2c. Angelegenheiten, betr. Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preuß. Volksschule, vom 15 Okt. 1872, ist der Turnunterricht den übrigen Lehrgegenständen der Volksschule gleichgestellt worden. Die für Ertheilung desselben erforderlichen Geldmittel bilden demnach einen Theil der Kosten der gesammten Schulverwaltung und sind mit diesen aufzubringen. Wo es nöthig ist, sind zu diesem Zwecke die Schulbeiträge zu erhöhen. Wenn also ein Lehrer durch unverschuldetes körperliches Leiden außer Stand gesetzt ist, Turnunterricht zu ertheilen, und ihm, weil er bereits vor Einführung dieses Lehrgegenstandes in sein gegenwärtiges Amt getreten war, nicht zugemuthet werden kann, aus seinen Mitteln einen Vertreter zu remuneriren, so sind die bezüglichen Kosten für diesen, nach einem vom „Staatsanz." erwähnten Spezial-Erlaß des genannten Ministers, aus der Schulkasse zu bestreiten und nöthigenfalls durch Erhöhung der Schulbeiträge aufzubringen. Die Bewilligung einer Staatsbeihilfe kann erst erfolgen, wenn der Nachweis geführt worden ist, daß die verpflichtete Gemeinde nicht im Stande ist, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

— Die Neuwahlen stehen noch eine Weile aus, aber schon regt sich auf verschiedenen Seiten die Agitation dafür, besonders ist die Fortschrittspartei in Berlin sehr rührig. Am letzten Freitag hielt im Verein für öffentliche Angelegenheiten der Abg. Traeger eine längere Rede über die Programm- und Agitationsfrage der Fortschritts-Partei. Bekanntlich haben bereits die Abgg. Virchow und Hänel das Mandat erhalten, ein Programm auszuarbeiten. Redner erklärte es für einen nach seiner Meinung traurigen Zustand, daß eine Partei, die 27 Jahre besteht, bei jeder Wahl mit einem Programm debutiren muß; er würde das Walten der Vertreter der Fortschrittspartei für das beste Programm halten. Indessen ist auch er der Ansicht, daß gerade jetzt wieder die Partei, die etwas ins Stagniren gekommen sei, gesammelt werden müsse. Das Programm der Fortschrittspartei müsse und könne sich immer zu dem einen einzigen Satze zuspitzen: die freiheitliche Entwickelung des Vaterlandes. Die Fortschrittspartei vertrete auch heute noch die Ansicht, daß das geeinigte Vaterland seine Weltstellung nur dann behaupten kann durch die freiheitlichste Entwickelung. Dazu gehöre auch die Trennung der Kirche vom Staat, die Ausbildung der Schule und die ehrlichste Durchführung des Zivilstandsgesetzes. In letzterer Beziehung werde schon in Kurzem die Staatsregierung durch eine Interpellation von fortschrittlicher Seite aufgefordert werden, nicht länger einen Gewissenszwang auszuüben. Auch das schwarze und das rothe Gespenst werden in dem Programme wieder eine Rolle spielen müssen. Letzteres halte er noch nicht für so gefährlich, als vielfach angegeben wird. Das Unberechtigte der Sozialdemokraten werde man fortgesetzt durch Ausbildung der unteren Klassen in moralischer und intellektueller Beziehung bekämpfen, ihnen politische Gleichheit erkämpfen, ganz wesentlich aber die Bildungs- und die Gewerksvereine unterstützen müssen. Es sei bedauerlich, daß der Werth der letzteren selbst auf liberaler Seite noch so oft verkannt wird. Was die Agitation betrifft, so wünsche er, daß dieselbe einerseits recht eifrig betrieben, andererseits nicht nur ad hoc in Szene gesetzt werde, sondern dem Zwecke dienen möge, die Partei einmal wieder in feste Formen zu schmieden, damit dieselbe nicht blos eine Partei im Parlament, sondern wieder eine Partei im Lande selbst bilde. Die Partei müsse sich sammeln und rechtzeitig Kandidaten wählen, damit die liberale Sache nicht in einzelnen Kreisen auf nur zwei Augen steht. Vor Allem aber müsse die Partei in allen Krisen, wo es möglich, zunächst als solche auftreten und nicht zu früh die Flinte in das Korn werfen, denn Nichts würde der Fortschrittspartei mehr schaden, als übereilte Kompromisse. — Auch die Sozialdemokraten sind in Betreff der Wahlvorbereitungen rechtzeitig bei der Hand. Ihre regelmäßigen öffentlichen Versammlungen, wie die

---

Zur Silberhochzeit des Kultusministers Dr. Falk,

die derselbe am 1. Februar in Berlin mit seiner Gemahlin feiert, wird demselben aus Breslau durch einen Posteilboten folgendes Akrostichon in Buntdruck überreicht werden, in welchem die Anfangsbuchstaben der vorstehenden Zeilen den Namen des Ministers, die der eingerückten Zeilen den Namen seiner Gattin bilden:

Aus der Heimath klingt ein heller
  Ruf und Gruß an Euer Ohr;
Dreist erscheint ein Briefbesteller,
  Ohne Weit'res tritt er vor;
Auftrag hat er an's beglückte
  Silberhochzeits-Jubelpaar,
Lächelnd reicht er dies geschmückte
  Anonyme Briefchen dar.

Breslau! Hier begannt Ihr Eure
  Pilgerreise Hand in Hand;
Erst nach Lyck; sodann in's theure
  Altgeliebte Schlesierland
Rückgekehrt in Glogau wieder
  Standet Ihr im Zeitenflug
Tapfer, bis des Glücks Gefieder
  Siegend Euch zur Sonne trug.

Freundlich blickt Ihr von dem steilen
Adlersitz auf diese Zeilen,
  Offen liegt vor Euch dies Blatt:
Liebewarm aus heim'schem Neste
Kommt zu Eurem Silberfeste
  Wunsch und Gruß der Vaterstadt.

Hrm. Grbn. (Schl. Ztg.)

* **Ueber die Entwickelung der Symphonie** hielt Professor Dr. Spitta im wissenschaftlichen Verein zu Berlin kürzlich einen interessanten Vortrag. Derselbe führte etwa Folgendes aus: Im Alterthum war die Musik mit der Poesie noch eng verbunden und konnte erst im späteren Mittelalter sich allmälig loslösen. Der erste Schritt hierzu geschah durch Erfindung dessen, was man im musikalischen Sinne „Harmonie" nennt. Die Instrumente wurden vervollkommnet und mit dem Beginne des 17. Jahrhunderts war die Instrumentalmusik hinreichend gerüstet, auf eigener Bahn ihre Entwickelung anzutreten. In diese Zeit fallen auch die Anfänge der Symphonie, um die sich ausschließlich das deutsche, italienische und französische Volk verdient gemacht haben. Unter Symphonie verstehen wir jetzt eine Orchesterkomposition von vier, seltener drei ausgeführten Sätzen, deren jeder seinen eigenen Charakter hat und welche derartig zusammengeordnet sind, daß sie einander ergänzen und steigern. Im 17. Jahrhundert war freilich dieser Begriff ein viel weiterer und umfaßte damals alle Instrumentalkompositionen. Die Heimath der Symphonie ist Italien. Hundert Jahre später nannte man Symphonie ein Instrumentalstück, das eine ausgedehntere Gesangskomposition einleitet oder an geeigneten Stellen unterbricht. Doch auch in dieser Verfassung konnte die Symphonie noch nicht das höchste Interesse der Instrumentalkomponisten beanspruchen. Redner erläuterte alsdann ausführlich Geschichte und Wesen der Sonate, der Opernarie, des Violinkonzertes und des Strebens über die zwei- und viertheilige Form hinaus zu größerer Abrundung, zu einer dreitheiligen zu gelangen. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts trennte man die Musik von der Oper und setzte vor letztere die französische Ouvertüre. Der erste Musiker, der selbständige Konzert-Symphonien schrieb, ist der Italiener Battista-Sammartini. Die Umgestaltung der selbständigen Symphonie vollzog Joseph Haydn in genialer Weise. Mit ihm treten die deutschen Tondichter an die Spitze der Instrumentalkomponisten. Um der Symphonie ein volksthümlicheres Element einzufügen und ihr den exclusiven Charakter der Kammermusik zu nehmen, schob Haydn einen Tanz in den dreisätzigen Organismus ein. Er wählte hierzu das Menuett und es war natürlich, daß dieser dem Volksleben entstammende Quell auch die anderen Theile der Symphonie kräftiger durchdrang. Nach Haydn erfuhr die Symphonie nur noch eine Umgestaltung durch Beethoven. Letzterer wandte sich gegen das Menuett, dessen harmloses Wesen ihm nicht zusagte. Er suchte nach einer gefügigeren Form und fand sie im Scherzo; indem er von dem Namen des Tanzes abwich, gewann er den Vortheil, sich an dessen Gesammtcharakter nicht binden zu brauchen. Beethoven wollte im Scherzo ein ausgebreitetes Stimmungsbild besonderer Art, das den Gesammtinhalt des Werkes von einer neuen Seite aus zur Darstellung bringen sollte. Diese Stimmung, die sich zurückspiegelte, ist der Humor. Beethoven ist der erste, der die gebrochene Stimmung des Humors, wie sie sich entwickelt aus dem Bewußtsein des Unzulänglichen in der Welt in Verbindung mit dem unmittelbaren Gefühl, daß dieses alles uns trotzdem als etwas Engverbundenes uns lieb und unentbehrlich sei, in der Musik wiederzugeben vermocht hat.

* **Ueber die Ausgrabungen zu Olympia** bringt der „Reichsanz." folgende Mittheilungen vom 30. Dezember, 6. und 13. Januar d. J.: Indem die Arbeiten an der Ost- und Westseite mit gleichen Arbeitskräften fortgesetzt werden, stellt sich die Thatsache heraus, daß die Funde da beginnen, wo die schwarze Erde unter der gleichmäßigen Sandschicht zum Vorschein kommt. Die Stärke derselben ist ungleich. Während sie an der Fundstätte des Flußgotts und des Wagenlenkers zwei Meter beträgt, erreicht sie an der Fundstelle der Nike schon drei Meter. Ein ähnliches Verhältniß ist im Westgraben beobachtet, indem sie hier 8—90 Schritt vom Südrande des Tempels 2,70 und einige 40 Schritt südlicher schon 4,50 beträgt. Das alte Terrain scheint demnach vom Tempel nach dem Alpheios sich mäßig gesenkt zu haben. Wie stark die von Ziegeltrümmern durchsetzte schwarze Erdschicht sei, ist noch nicht ermittelt worden.

Zu den schon bekannten Funden fügen wir nachträglich hinzu, daß das ganze aus fünf Blöcken bestehende dreiseitige Postament der Nike zum Vorschein gekommen ist. Eine eingesandte Skizze der Figur zeigt, daß der Gürtel aus Bronze eingelegt war; es sind in ihrer Nähe auch einzelne Bronzestücke zum Vorschein gekommen, darunter ein Fragment mit Blattschmuck. Der liegende Körper des Flußgottes ist unterwärts mit einem dicken Stoff umhüllt; der emporgerichtete Oberkörper stützt sich auf den linken Arm, während die Wange des seitwärts geneigten Hauptes sich in die rechte Hand schmiegt. Die Arme sind gebrochen, der bärtige Kopf, der einen sinnenden milden Ausdruck zeigt, ist bis in das Kleinste so frisch und unversehrt, wie eben aus des Künstlers Hand hervorgegangen. Unter der Figur fanden sich zahlreiche Bronzestücke; darunter sind ansehnliche vergoldete Fragmente von einem runden Gegenstande, vielleicht einem Schilde, gefunden worden.

Die dritte Figur, der sog. Wagenlenker überlebensgroß, von trefflichster Ausführung, ist vollständig bis auf den Kopf; in kauernder Stellung, das linke Knie in die Höhe gezogen und auf den rechten Arm sich aufstützend. Der von der linken Schulter fallende Mantel dient als Unterlage. Die Vernachlässigung der abgewendeten Seite läßt erkennen, daß die Figur zur Rechten des Zeus links vom Beschauer, also dicht vor den Pferden aufgestellt war. Die Oberfläche ist wie an den übrigen Resten des Ostgiebels überhaupt, fast tadellos erhalten. die Haltung ist ungezwungen und lebendig. Das bisher einzige Fundstück von dem Westgiebel bot sich nach der Reinigung als das Bruchstück eines heftig bewegten Mannes mit Chlamys — also eines Lapithen — zu erkennen gegeben, wonach die frühere Annahme zu berichtigen ist. Das Werk zeigt eine starke Einwirkung des Wetters.

Neu gefunden ist an der Ostseite den 29. Dezember ein männlicher Torso, nach rechts gewendet, beide Arme mit Anstrengung vorstreckend, also wahrscheinlich der Wagenlenker auf der linken Seite des Zeus (rechts vom Beschauer); die Bildung des Nackten ist auch hier von gleicher Wahrheit und Trefflichkeit, wie bei den anderen Werken und tritt bei der kräftigen Bewegung besonders wirksam hervor.

Ein zweites Stück, Anfang Januar gefunden, ist der untere Theil einer gelagerten männlichen Figur in Lebensgröße, von rechts nach links gestreckt mit einem Gewande bedeckt, auch auf Vorderansicht und hohe Aufstellung berechnet. Endlich ist auch die Statue hervorgezogen worden, welche im ersten Bericht als unter dem männlichen Torso liegend erwähnt wurde. Es ist eine kolossale weibliche Figur, in zwei Stücke gebrochen, lang gewandet in alterthümlichem Stil der berühmten Vesta Giustiniani im Ganzen entsprechend, nur ungleich lebensvoller und feiner gearbeitet. Auch die wohl dazu gehörige, vorn halbrunde, hinten viereckige Basis ist gefunden worden; das Standbild war mit der Rückseite an eine Wand gelehnt und ist ein ausgezeichnetes Werk von alterthümlicher Strenge. Kopf und Arme fehlen noch. Weitere Vermuthungen über dies unzweifelhaft als Weihgeschenk aufzufassende Werk müssen vorläufig noch dahin gestellt bleiben.

Bei der Vertiefung des Westgrabens haben sich weitere Ueberreste des schon erwähnten Dorischen Gebäudes gefunden, sowie neun Stück quadratischer Bronzeplatten von verschiedener Dicke mit Blitzsymbol und dem Namen des Zeus, Stücke, die wahrscheinlich als Gewichte (von 15, 30, 60 Drachmen attischen Gewichts) zu betrachten sind. In derselben Gegend ist man wieder auf Gräber gestoßen, aus denen Bronzewaffen, Geräthe, kleine Glöckchen, sowie römische und griechische Münzen und Thonscherben mit schwarzem Firniß hervorgezogen sind. Dies sind im Wesentlichen die Fundresultate der letzten drei Wochen, von denen außer den Sonntagen drei griechische Feststage und ein Regentag in Abrechnung kommen.

in derselben gehaltenen Reden, beweisen, daß sie nach Möglichkeit bemüht sind, die Einigkeit unter den Arbeitern herzustellen oder zu erhalten, um möglichst geschlossen in den Wahlkampf eintreten zu können. Die Anhänger Schweitzer's und Bebel's haben sich die Hände gereicht, und der innige Zwist in der Partei ruht seit längerer Zeit

DRC. [Für Brennerei-Besitzer] Zum ersten Male seit seiner Gründung im Jahre 1857 wird der Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland seine Generalversammlung auf mehrere Tage ausdehnen. Dieselbe ist auf den 24. und 25 Februar festgesetzt und wird am 24. Vormittags 11 Uhr im „Englischen Hause" Mohrenstraße, seinen Anfang nehmen. Die Zulassung zu diesen Verhandlungen ist nur gegen Vorzeigung der Tagesordnung, welche den Mitgliedern des Vereins zugesendet wird, gestattet. Personen, welche dem Vereine beitreten wollen, haben sich dieserhalb an den Geschäftsführer des Vereins, Dr. Udo Schwarzwäller in Leipzig, und vom 23. Februar ab an den Klub der Landwirthe, Französischestraße 48, zu wenden. Ueber die sehr interessante Tagesordnung wird später noch nähere Mittheilung erfolgen Mittwoch, den 23. Februar, wird das Kuratorium der Versuchsstation des Vereins tagen und Sonnabend, 26 Februar, ein Ausflug zu Wagen stattfinden, um einen Siemens'schen eisernen Destillirapparat im Betrieb zu sehen. Der Jahresbeitrag beträgt für die Mitglieder des Vereins 9 Mark, wofür die „Neue Zeitschrift für deutsche Spiritusfabrikanten" gratis und portofrei geliefert wird

Culm, 28. Januar. Der aus der Plusnitzer Angelegenheit bekannte Pfarrer Laszewski, welcher im Gerichtsgefängnisse zu Culm eine Strafe von 6 Monaten abzubüßen hatte, ist in das Gefängniß zu Graudenz übergeführt, da die Einwirkung des kulmer Gefängnisses seinen Gesundheitszustand benachtheiligte.

Kassel, 29 Januar. Das Appellgericht hat heut den sozialistischen Arbeiter Kaiser von der Anklage der Gotteslästerung, über die wir ausführlich Mittheilung machten, freigesprochen, weil der Beweis nicht erbracht sei — Ein Leitartikel des Organs der kurhessischen Orthodoxen und Partikularisten, der „Hessischen Blätter", enthält einen förmlichen Absagebrief dieser Partei an die hessische Fürsten-Familie, die des Großherzogthums Hessen Darmstadt nicht ausgenommen. Das Blatt will und kann sich angesichts des über das Fideikommiß-Vermögen abgeschlossenen Vertrages nicht verhehlen, daß dieser Vertrag das ruhmlose Ende des bisherigen präsumtiven Thronfolgers, sowie der ganzen zur Sukzession im ehemaligen Kurstaate berechtigten Dynastie bedeute, da keiner der Agnaten auch nur ein Wort der Rechtsverwahrung gegen die politische Seite des Abkommens gefunden hat. „Und so müssen wir uns — heißt es wörtlich — schon eingestehen, daß jener Vertrag das politische Erlöschen der bisher im Kurstaate erbberechtigt gewesenen Dynastie bedeutet." Schließlich wird der bezeichneten Fürstenfamilie, die den Sperling in der Hand dem Paar Tauben auf dem Dache vorgezogen hat, das Prognostikon gestellt, in den „zweifellos wiederkehrenden Tagen des Glückes" vom hessischen Volke ebenfalls verlassen zu werden.

Oesterreich.

Pest, 30. Januar. Die gesammten Blätter der österreich-ungarischen Monarchie geben ausnahmslos der erschütternden Wirkung Ausdruck, die die Nachricht von dem Tode Franz Deak's überall hervorgebracht. Der Verlust des großen Patrioten wird überaus lebhaft gerade in dem Augenblicke empfunden, wo ernste Krisen das Werk des Hingeschiedenen, den Ausgleich Ungarns mit Oesterreich und die innige Verschmelzung beider durch die Gesammtverfassung, in seinem Bestande bedrohen. Ueber den Verlauf seiner Krankheit bringt die „Pesti Naplo" vom 28. einen ausführlichen Bericht, aus dem Nachstehendes hervorzuheben ist:

Schon seit vier Tagen konnte Deak keine Speise zu sich nehmen und seine Kräfte verfielen rasch. Seine Stimme blieb aus, die Betäubung war eine anhaltende, die Fieberanfälle wiederholten sich ohne Unterlaß. Heute Nacht war Deak so übel, daß das Schlimmste zu befürchten war. Die Frauen Vörösmarty und Szell brachten die ganze Nacht bei dem Kranken zu, den der Schlaf mied und der von Zeit zu Zeit aus einer Betäubung aufschreckend, fragend um sich blickte. Gegen Morgen verfiel Deak in einen Schlaf, der vier Stunden währte. Der Arzt konnte Abends konstatiren, daß das Fortschreiten der Schwäche aufgehört habe und es wurde in diesem Sinne an Graf Andrassy in Wien telegraphirt, der dreimal des Tages vom Zustand Deak's unterrichtet wurde.

Wie die beim Verscheiden Deaks Anwesenden berichten, stellte sich der verhängnißvolle Herzkrampf gegen halb 10 Uhr ein, als der Kranke durch Zeichen verlangte, man möge ihm die Füße waschen. Die Wärterinnen waren eben mit der Erfüllung dieses Wunsches beschäftigt, als Deak in den Lehnstuhl zurücksank, in welchem er die traurigen Nächte seiner Krankheit verbracht hatte. Seit anderthalb Jahren hat Deak in keinem Bette geschlafen, da sein Zustand ihm das Liegen nicht gestattete. Dr. Kovacs wollte ihm Arznei reichen, die der Kranke nicht mehr einzunehmen vermochte. Nun veränderten sich plötzlich seine Gesichtszüge, die Adern schwollen an und in diesem Momente gab Deak seinen Geist auf. An der gegenüber befindlichen Universitäts-Thurmuhr schlug es eben 10¾ Uhr. Die Nachricht, daß der Verewigte testamentarische Verfügungen getroffen habe, bestätigt sich nicht; wohl aber ließ er vor einigen Tagen ein Inventar seiner Habseligkeiten aufnehmen, ohne jedoch dieselben zum Gegenstande eines besonderen Vermächtnisses zu machen; nur über eine in seinem Besitze befindliche Baarschaft von 2000 Fl. sagte er dem jungen Vörösmarty, daß von derselben seine etwaigen Rückstände bei humanitären Vereinen ausgeglichen und der Rest zu wohlthätigen Zwecken verwendet werden soll. Die Leibrente, welche Deak nach seinem an den Grafen Szechenyi abgetretenen Gute Kehida bezog, betrug 600, nicht 1000 Dukaten, wie man allgemein erzählte. Minister Szell, besonders aber dessen Gattin (sein Mündel), sind vom Todesfalle tief erschüttert. Der Kaiser und Graf Andrassy wurden von dem Tode Deak's durch ein Telegramm Szell's, die Kaiserin durch ihre Palastdame Gräfin Festetits verständigt. Das Andenken Deak's wird durch eine allgemeine Landestrauer geehrt werden. Die Theater sind geschlossen; die städtischen und die Regierungsgebäude, sowie zahlreiche Privathäuser sind schwarz beflaggt. Seine ganze politische Korrespondenz hat Deak vor einiger Zeit verbrannt, den eigenhändigen Brief Sr. Majestät des Kaisers an ihn (nach der Krönung) jedoch aufbewahrt. Soweit sich ein in den letzten Momenten von Deak eigenhändig geschriebener Zettel entziffern läßt, enthält derselbe die Worte: „Letzter Wille (unleserlich). Seit einigen Tagen ist das Uebel, daß ich sehr verwirrt bin Tag und Nacht; vielleicht dauert es nicht lange. (Unleserlich.) Mein ganzes Vermögen soll Vörösmarty Bela übernehmen (unleserlich), meine Schulden bezahlen, Ueberrest zu wohlthätigen Zwecken verwenden (unleserlich). Gott segne Euch. Liest dies." Deak beichtete vorigen Sonnabend und sagte: „Meine Seele hat mich dazu angeregt." Später sprach er über die Religion: „Ich weiß daß Religiosität nicht aus dem Verstande entspringt, sondern auf dem Gefühl beruht."

Nicht blos die Magyaren, sondern alle Nationen des Reiches vernehmen die Kunde von Deak's Tode mit tiefer Erschütterung, und man darf es kühn behaupten, daß in den weitesten Kreisen sogar des Auslandes die Theilnahme eine allgemeine sein wird. Denn ganz Europa zollte dem großen Verblichenen seine Bewunderung, als er im Jahre 1861 den parlamentarischen Feldzug gegen Oesterreich führte, und seine Adresse von 1861 erweckte das Staunen der Welt. Man nannte Deak den „ungarischen Aristides", den „Solon der Pußta," den „Weisen der Nation", das „Gewissen der Nation" u. s. w. und wahrlich, er verdiente diese Benennungen voll und ganz. Von spartanischer Einfachheit, lebte er blos seinem Volke. Sein Rechtssinn war unbeugsam, seine Toleranz unbeschränkt und nur seine Bescheidenheit übertraf seine Thatkraft. Der Konstitutionalismus war seine Religion, die Freiheit seine Göttin. Seine Vertheidigung des Rechts sichert ihm die ewige Anerkennung Europas. Um sein Bild ganz zu kennen, muß man seinen Privatcharakter berücksichtigen. Deak war ein vollkommener antiker Held. Mit einem bescheidenen Vermögen leistete er geradezu überraschend viel für Arme. Selbst unverheirathet und kinderlos, adoptirte er die Waisen Anderer und war deren Vater. Die Enkel und die Kinder der Dichter Vörösmarty und Kisfaludy haben alles Deak zu verdanken. Der jetzige Finanzminister Ungarns, Koloman Szell, ist ebenfalls ein Geschöpf Deaks. Bis ins Endlose könnten Einzelheiten aus seinem Leben erzählt werden, die sämmtlich jedes Menschenherz mit sich fortreißen und Bewunderung, ja Verehrung erwecken. Das wurde ihm denn auch in reichem Maße zu Theil, obgleich er kein politischer Märtyrer war und der Glorienschein der Verbannung sein Haupt nicht umgab. Ein Magyar ohne Deutschenhaß, ein Oppositionsmann mit dem Panier des Gesetzes, jeder Zoll ein Ehrenmann, unbestechlich und gerecht wie keiner, ein Nathan der Weise im Attila, so schilderte vor etwa 25 Jahren ein deutscher Schriftsteller den Verblichenen. Und Graf Szechenyi, der „größte Ungar", sagte von Deak: „ . . Er ist einer jener Wenigen, wie sie die Menschheit nur selten als Geschenk aus den Händen der Götter empfängt. Jede Nation würde in ihm mit vollem Rechte ihren größten Schatz verehren."

Frankreich.

Paris, 30. Januar. Einen interessanten Beitrag zur Geschichte des Sturzes des Herrn Thiers liefert ein Zwischenfall, der sich soeben am Vorabende der Wahlen abgespielt hat. Der Abgeordnete Léon Bingtain richtete ein Rundschreiben an seine Wähler, in welchem er sein Votum vom 24. Mai 1873, das den alten Präsidenten stürzte, um Mac Mahon den erledigten Stuhl bereit zustellen. Zu dem Ende erzählt er eine Unterredung, die er am 22 Mai in Gegenwart des verstorbenen Deputirten Vitet mit Thiers gepflogen zu haben behauptet Durch die radikalen Gesinnungen, die der Expräsident in derselben zur Schau getragen habe, will Bingtain in Gemeinschaft mit Vitet bewogen worden sein, sich von ihm loszusagen Mehrere namhafte Persönlichkeiten des Departements Eure et Loir brachten diese Enthüllungen zur Kenntniß des Herrn Thiers, mit der Bitte, ihnen zu sagen, ob sie auch der Wahrheit entsprechen. Herr Thiers antwortete ihnen:

Paris, 28. Januar.

Meine Herren! Nicht nur erkenne ich die Richtigkeit der Erinnerungen des Herrn Bingtain nicht an, sondern ich stelle sie entschieden in Abrede. Herr Bingtain behauptet, daß er am Vorabend des 24 Mai im Beisein des Herrn Vitet bei mir einen Schritt that, um mich von den Radikalen abwendig zu machen; daß ich damals in gereiztem Tone erklärte, ich wolle mich nicht von ihnen trennen, und daß er Angesichts dieser Erklärung das Votum abgab, über das er sich heut seinen Wählern gegenüber näher ausläßt. Zum Eingang sei bemerkt, daß ich mich über dieses Votum nie beklagt habe und mich auch heute nicht beklage; die Erklärung jedoch, die Herr Bingtain darüber giebt, kann ich nicht annehmen. Wenn es sich darum gehandelt hätte, mich von den Radikalen zu trennen, so wäre die Schwierigkeit keine große gewesen, denn von den Radikalen getrennt bin ich mein Lebenlang gewesen, ich bin es gewesen in den Jahren 1830, 1848, 1870 und 1871. Aber darum handelte es sich nicht, wie Herr Bingtain wohl weiß. Er und einige seiner Freunde pflegen mit dem Namen: „Radikale" alle die zu bezeichnen, welche nicht ihre Ansicht theilen. Nun wollte man unter dem Vorwande, mich von den Radikalen zu trennen, mich von der Linken trennen, um mich ganz in die Arme der Rechten zu werfen; vor Allem galt es, mich von Denen loszureißen, welche die Republik wollten, um mich Denen beizugesellen, die sie nicht wollten. Diese Dinge auszuführen, weigerte ich mich aus Gründen, die ich heute noch für triftige halte, denn wenn ich mit der Linken gebrochen hätte, um mich der Rechten hinzugeben, so war es um jene unabhängige, gemäßigte Stellung allen Parteien gegenüber geschehen, die mir, als kaum der schrecklichste Bürgerkrieg beendet war, gestattete, die Gemüther zu beschwichtigen, den Kredit wiederherzustellen, das Landesgebiet zu befreien. Indem ich mich von Denen getrennt hätte, welche die Republik wollten, um mich Denen in die Arme zu werfen, welche sie nicht wollten, hätte ich eine gebieterische Nothwendigkeit verkannt, und die Verwirrung derer, die mir die Gewalt entrissen, um die Monarchie zu gründen, die sie nicht zu Stande gebracht haben, um die Republik zu verhindern, für die sie gestimmt haben und für die gestimmt zu haben sie sich jetzt vor ihren Wählern rühmen, ist nicht dazu angethan, mich an der Richtigkeit meiner Anschauungen irre zu machen. Während ich also die Entschlossenheit meiner Haltung gewissen komminatorischen Schritten gegenüber zugebe, erkenne ich keineswegs die Sprache an, die man mir unterschiebt, denn wenn ich gesagt hätte, daß ich mich nicht von den Radikalen trennen wollte, so hätte ich eine in meinem Munde unvernünftige, den Ueberzeugungen und Handlungen meines ganzen Lebens widersprechende Sprache geführt, welche von Herrn Vitet, wenn man sie mir zu seinen Lebzeiten beizumessen gewagt hätte, belächelt worden wäre. Genehmigen Sie u. s. w. A. Thiers.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die bulgarische Bevölkerung hat, wie die „Pol. Korr." schreibt, eine Petition an den Sultan gesandt, worin gegen die Ausschließung der Bulgaren von der Ableistung der Militärpflicht Beschwerde erhoben wird. Es heißt in diesem Schriftstück:

Nach dem neuen Ferman ist der Bulgar abermals vom Militärdienste ausgeschlossen. Wir finden, daß diese Ausschließung ein uns zugefügtes empfindliches Unrecht ist. Wenn alle Einwohner des Reiches vor den Gesetzen des Vaterlandes gleich sein sollen, müssen auch alle Völker das gleiche Recht haben, Waffen zu tragen und das Vaterland zu vertheidigen. Sind wir Kinder eines Vaters, dem diese alle gleich lieb sind, warum sollen die Einen ihr Blut für den Vater vergießen dürfen, während die Andern sich davon für Geld befreien können? Warum sollen wir Bulgaren keine Waffen tragen und das Vaterland nicht vertheidigen dürfen? Der militärische Beruf gehört zum angesehensten in der Gesellschaft, die in ihrem Bestande durch Waffen erhalten und geschützt wird Es ist tief beleidigend für die Bulgaren, daß sie durch den Ausschluß von der Militärpflicht für ein Volk von Weibern erklärt werden. Oder traut man unserer Treue nicht? Wir waren stets loyale Unterthanen der glorreichen Sultane.

Wir flehen um die Gewährung der Gleichberechtigung mit den Mohamedanern, Waffen tragen zu dürfen. Die zugestandene Gleichberechtigung unter den Völkern des Reiches ist ein leeres Wort, so lange die eine Nation Waffen trägt, während die andere solche nicht haben darf. Wer sich nicht vertheidigen kann, ist schwach und verachtet Jeder tritt einen solchen Menschen mit Füßen. Wir Bulgaren wollen und sind ebenso fähig, unser Blut für das Vaterland zu verspritzen, wie die Araber und Anatolier. Wir bitten kniefällig Eure Majestät, uns auch das Recht, Waffen zu tragen, großherzig zu verleihen, weil wir ohne dieses Recht, trotz der hochherzigen Intentionen Eurer Majestät, ewig Rajahs bleiben werden. Wir sind bereit, den Asker (Soldaten) der Armee unseres geheiligten Herrschers zu liefern; „Bedel" (Militärsteuer) sind wir ohnehin wegen unserer großen Armuth nicht im Stande zu entrichten.

Wie bereits ausführlich berichtet wurde, ist der Insurgentenführer Ljubibratik von seinem Posten, montenegrinischem Einfluß weichend, zurückgetreten. Dies bestätigend, meldet der „Menzeti Hirlap", es sei dem Fürsten Nikita von Montenegro sehr unangenehm gewesen, daß durch Ljubibratik dem Aufstande ein „serbischer Stempel" aufgeprägt worden sei. Der Fürst habe den Insurgentenführer deshalb bei Zubce gefangen nehmen und peitschen lassen (?) „Diese Thatsache — schließt das Blatt — war bisher unbekannt, aber wir verbürgen uns für die Wahrheit derselben." — Bezüglich der türkischen Schuldfrage geht der „Times" eine eigenthümliche Nachricht zu. Der Sultan, der nämlich gleichfalls zu den Gläubigern seines Reiches gehört und im Besitz von 8 Millionen Pfund türkischer Schuldtitel sein soll, hätte sich kategorisch gegen jede Zinsenreduktion, soweit sie ihn persönlich betrifft, ausgesprochen und soll verlangt haben, daß seiner Schatzverwaltung die Zinsen voll und ganz bezahlt würden

---

Lokales und Provinzielles.

Posen, 1 Februar.

r. Stadtrath Kaatz feiert am nächsten Sonnabend das Fest seiner 25jährigen Amtsthätigkeit, indem er an diesem Tage vor 25 Jahren in das Magistratskollegium eintrat. Zur Feier des Tages wird in Buckows Hotel ein solennes Festessen stattfinden, an dem allem Anscheine nach die Betheiligung eine sehr zahlreiche sein wird.

r. Das Resultat der Volkszählung in der Stadt Posen am 1. Dezember 1875 stellt sich nachträglich etwas anders heraus, als es damals 14 Tage nach der Zählung vorläufig festgestellt worden war. Es sollte danach die Stadt Posen an jenem Tage eine Zivilbevölkerung von 55,917 und eine Militärbevölkerung von 5066 Personen gehabt haben, so daß danach die Zivilbevölkerung in den letzten 4 Jahren, seit dem Jahre 1871, wo Posen 50,851 Einwohner zählte, um 5066 Personen gewachsen wäre. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß die Anzahl der gegenwärtigen Zivilbevölkerung zu hoch angenommen wurde, daß sie nur 54,731 Personen betrage und sich demnach seit den letzten Jahren nur um 3880 Personen vermehrt habe. Die Militärbevölkerung dagegen hat am 1. Dezember v. J. nicht 5066, sondern 6059 Personen betragen. Das Resultat der Zählung war folgendes:

Es wurden 1324 Wohnhäuser bewohnt, während 21 Wohnhäuser unbewohnt waren; die Anzahl der sonstigen Aufenthaltsorte betrug 3. Es wurden 11,847 Haushaltungen mit einer ortsanwesenden Bevölkerung von 25,867 männlichen und 29 428 weiblichen Personen gezählt, während von anderen Orten 439 männliche und 380 weibliche Personen zur Zeit hier weilten, auswärts abwesend waren 351 männliche, 223 weibliche Haushaltungsmitglieder. Im Bereich der Stadt lagen 32 Kähne mit 32 Haushaltungen und 71 männlichen, 56 weiblichen Bewohnern, während von anderen Orten 17 männliche, 16 weibliche Personen auf den Kähnen hier anwesend waren. In 36 Militäranstalten mit 195 Haushaltungen wohnten 4348 männliche, 307 weibliche Personen, von anderen Orten weilten in diesen Anstalten 1 männliche, 5 weibliche Personen; auswärts abwesend waren 1 männliche, 4 weibliche Personen. In der Gemeinde Berdychowo wurden gezählt: 3 Wohnhäuser mit 21 Haushaltungen, 37 männlichen 43 weiblichen Bewohnern, 1 an einem andern Orte wohnenden Person, 2 auswärts abwesenden Personen. In der Gemeinde Pietrowo wurden gezählt: 3 Wohnhäuser mit 11 Haushaltungen, 28 männlichen, 24 weiblichen Bewohnern. — Im Ganzen wurden in Posen am 1. Dezember 1875 in 1366 Wohnhäusern und 35 sonstigen Aufenthaltsorten, 12,106 Haushaltungen mit 30 351 männlichen und 29,858 weiblichen, zusammen 60,209 Pers. gezählt, die am Zählungsorte wohnten, während 458 männl. und 401 weibliche Personen, zusammen 959, die zur Zeit hier weilten an anderen Orten wohnten; auswärts abwesend waren 581 Haushaltungsmitglieder. Zählt man die letztere Summe zu der der ortsanwesenden Bevölkerung, so erhält man eine Gesammtsumme von 60,790. Davon gehen ab 6059 Militärpersonen (4349 in der Stadt eingemiethet, 1710 einquartirt), so daß danach die Zivilbevölkerung 54,731 Personen beträgt. Da sich im Jahre 1871 die Zivilbevölkerung nur auf 50 851 Personen belief, so ist demnach die Zivilbevölkerung seit der letzten Zählung um 3880 Personen gewachsen.

— Der Dichter Dr. Wilhelm Jordan wird, wie man uns mittheilt, am 10. d. hier eintreffen, um drei in Posen durch ihn noch nicht bekannt gewordene Rhapsodien aus seinem Hildebrands-Epos öffentlich vorzutragen. Herr Jordan besuchte uns zuletzt im Oktober 1874 und fand lebhafte Theilnahme und Anerkennung. Gewiß dürfen seine zahlreichen Verehrer auch den in Aussicht stehenden neuen Vorträgen mit regem Interesse entgegensehen. Das Lokal soll noch bestimmt werden.

— Anknüpfend an die Mittheilung betreffend die vorläufige Suspension des Auflösungsdekrets der „Philippiner-Kongregation" zu Gostyn wird der „Voss. Ztg." von hier geschrieben, daß die Frage über die Unterstellung der Philippiner unter das Gesetz vom 31. Mai 1875, betreffend „die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche" — gegenwärtig nicht nur vor dem Ressort des Kultus-Ministers schwebt, sondern hauptsächlich vor dem höchsten Gerichtshofe zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte nach dem Gesetze vom 8. April 1847 rentilirt wird. Die Frage spielt in mehreren Prozessen mit, und wird da zur Erörterung kommen, welche nach der einstweiligen Vermögensbeschlagnahme der Kongregation, seitens der Verwaltungsbehörde, von verschiedenen Besitzprätendenten, in deren Hände das bewegliche Vermögen der Anstalt durch Kaufverträge übergegangen, gegen die Regierung angestrengt worden sind. Es ist daher nichts wahrscheinlicher, als daß die noch ausstehende Entscheidung jenes Gerichtshofes, mit der abwartenden Haltung des Kultusministeriums bei definitiver Regelung der Verhältnisse der Kongregation in Verbindung zu bringen ist.

— Die Petition, welche der polnischen Volksversammlung gestern vorgelegt wurde, hat in der Uebersetzung folgenden Wortlaut:

Hohes Haus der Abgeordneten
des preußischen Landtags!

Die öffentlichen Blätter haben in der letzten Zeit den Gesetzentwurf der Regierung bekannt gemacht, welcher im ganzen Umfange der preußischen Monarchie die gesetzliche Pflicht einführen will, mit allen Behörden in deutscher Sprache zu korrespondiren und der auch der Behörde vorschreibt, alle Resolutionen und Bescheide ebenfalls in deutscher Sprache zu erlassen, ohne Rücksicht auf die Nationalität und die Bedürfnisse der betreffenden Bevölkerung.

Indem wir die wichtige Thatsache übergehn, daß nach den statistischen Angaben die nichtdeutsche Bevölkerung der preußischen Monarchie 12 Prozent der Gesammtbevölkerung ausmacht, unter denen die polnische Nationalität in bedeutender Anzahl vertreten ist, und daher Berücksichtigung verdient, indem wir ferner die für das Großherzogthum wichtige und unverjährte Thatsache der Existenz der Traktate und politischen Stipulationen übergehen, welche das Recht verheißen, in allen amtlichen Korrespondenzen und Thätigkeiten die polnische Sprache zu brauchen, berufen wir uns im vorliegenden Falle hauptsächlich und vor Allem auf die praktischen Rücksichten und das wahrhafte Bedürfniß der Bevölkerung. Die sorgsam ermittelten Daten und statistischen Angaben weisen nach, daß

sich die Bevölkerung des Großherzogthums Posen hauptsächlich (?) aus Elementen zusammensetzt, die nicht deutsch sprechen (??), das System der öffentlichen Erziehung, wie man es in der letzten Zeit in unserem Lande angewandt hat, wird, weil allen pädagogischen Grundsätzen widersprechend, die gehofften Resultate nicht herbeiführen. Die polnische Sprache, abgesehen von ihren politischen und nationalen Rechten, ist die einzige und ausschließliche (?) Sprache des größten Theils der Bevölkerung des Großherzogthums Posen. (??) Wenn man daher, wie dies der durch die öffentlichen Blätter verkündete Gesetzentwurf thut, jener Bevölkerung das Recht nehmen will, sich der Muttersprache in den amtlichen Angelegenheiten und Korrespondenzen zu bedienen; noch mehr, wenn man Denjenigen Geldstrafen auferlegen will, die sich ihrer Muttersprache bedienen, so ist dies eine ausdrückliche Beeinträchtigung des konstitutionellen Grundsatzes von der Gleichberechtigung, eine schwere Beeinträchtigung der privaten und politischen Rechte der Staatsbürger, die die deutsche Sprache nicht verstehen; es ist dies ein System, das aller Gerechtigkeit widerstrebt. Mit Rücksicht auf das was gesagt worden ist, und nur kurz und vom allgemeinsten Standpunkte gesagt worden ist, wie dies in einer so dringenden Angelegenheit nicht anders sein kann, welche, wie wir nicht zweifeln dürfen, unsere Vertreter dem hohen Abgeordnetenhause umfangreicher auseinanderzusetzen nicht ermangeln werden, richten daher die Unterzeichneten an das hohe Haus der Abgeordneten die dringende Bitte,

> daß es dem in Rede stehenden Gesetzentwurf der Regierung betreffs der Amtssprache in amtlichen Angelegenheiten und Thätigkeiten, seine Zustimmung versage und dasselbe verwerfen wolle.

Posen, 31. Januar 1876.

Außerdem gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Wir Polen und Katholiken der Stadt Posen, die wir zu einer Volksversammlung im Hotel de Saxe zusammengekommen sind, erklären in Uebereinstimmung mit unseren Brüdern und Glaubensgenossen aus Preußen, Großpolen (d. h. Posen. — Red. d. Pos. Z.) und Schlesien daß:

> wir in Allem, was die Rechte unserer hl. Kirche und ihr Verhältniß zum Staate angeht, dieselben Grundsätze und Ueberzeugungen hegen, welche unsere Bischöfe, Abgeordneten, unsere Geistlichkeit und Bürgerschaft so oft an den Tag gelegt hat,
>
> daß wir, wie bisher so auch fernerhin treu in den Grundsätzen und in der Vertheidigung der Rechte der heil. römisch-katholischen Kirche ausharren werden.

Das Telegramm, welches die Versammlung auf Vorschlag des Geistlichen Chotkowski an den gefangenen Erzbischof zu senden beschloß, lautet wie folgt:

„Die im Hotel de Saxe zu einer Volksversammlung zusammengekommenen Bürger der Stadt Posen übersenden Sr. Eminenz dem Kardinal Mieczyslaus Grafen Ledochowski, ihrem hochwürdigsten Erzbischof, den Ausdruck der Treue und Ergebenheit, den Ausdruck der Ehrfurcht und der höchsten Lobpreisung"

— Wie dem „Kur. Pozn." aus Rom mitgetheilt wird, sieht man dort dem Ende der Gefangenschaft des Kardinal-Primas mit Unruhe entgegen, weil man „nicht ohne Grund" die Besorgniß hegt, daß die preußische Regierung mit der Absicht umgehe, den Bischof in irgend einer Festung zu interniren und die alte Gefangenschaft unter einer neuen Form zu verlängern. Vor einigen Tagen, so schreibt der römische Korrespondent, interpellirte man in einem sehr gefüllten Salon Herrn v. Keudell über das künftige Schicksal des Kardinals. „Ich kenne die Absichten der Regierung in Betreff seiner Person nicht, antwortete er gleichgültig; ich nehme jedoch an, daß sie ihm gestatten wird nach Rom abzureisen. Ihr betrachtet ihn als Märtyrer, mag er daher nach der Stadt der Märtyrer reisen." Der „Kuryer Pozn." bemerkt zu dieser Ironie: Unwillkührlich hat Herr v. Keudell eine große Wahrheit ausgesprochen, was den Diplomaten selten gelingt: mit einem einzigen Beiwort hat er sowohl die Verdienste Ledóchowski's, wie auch die geschichtliche Bedeutung Roms treffend bezeichnet." Der Ausspruch des Herrn v. Keudell dürfte nur einen einzigen Fehler haben, nämlich den, daß der Gesandte, wie wir glauben, ihn nicht gethan hat.

— **Posener Hopfen.** Wie uns von dem Herrn Kommerzienrath Jos. Jak. Flatau aus Berlin, dem Begründer des Hopfenbaues in der Gegend von Neutomischel, mitgetheilt wird ergeben die von uns in Nr. 64 veröffentlichten Untersuchungen des Professors Haberland ein günstigeres Resultat, wie dies drei Untersuchungen ergeben haben, die von Herrn Flatau in den letzten 15 Jahren veranlaßt wurden. Die Angabe der reifen Früchte bei Na der Haberland'schen Untersuchung stimmt nicht mit den früheren Untersuchungen überein und da die Zahl 7.80 pCt. zu groß ist und ans Unglaubliche grenzt, so nimmt Herr Flatau an, daß hier ein Druckfehler vorliegt. In dem hopfenbauenden Kreise der Provinz Posen (Neutomischel) baut die jetzige Generation keinen männlichen Hopfen mehr und wo dieser nicht existirt, kann auch keine Befruchtung, mithin auch keine reife Frucht vorkommen. Wenn aber in manchen Lagen Hopfen mit wenigen Körnern erzeugt wird, so ist dies nach den Erfahrungen des Herrn Flatau dann der Fall, wenn der Hopfenstock auf strengem Lehmboden oder einem sogenannten Lehmnest gewachsen ist. Diese Körner sind aber keine reifen Früchte, da sie nicht keimfähig sind. Trotzdem sie mit ihnen Aehnlichkeit haben, sind sie daran zu erkennen, daß sie beim Zerbröckeln weniger Widerstand leisten.

— **Kassubische Matrosen.** Wie der „Gazeta Torunska" mitgetheilt wird, geht ein großer Theil der polnisch redenden Kassuben, die an der danziger Bucht wohnen, nur den Sommer über in Seedienst, während ein anderer Theil auch den Winter über nicht heimkehrt. Mehrere dieser kassubischen Matrosen sind im vorigen Jahre bis zu den Freundschaftsinseln im stillen Ozean gelangt, die meisten fahren indeß nur bis England oder Frankreich. Die Kassuben werden als ein wendisches, von anderer (und auch von polnischer) Seite als ein polnischer Volksstamm bezeichnet. Ihre Sprache ist jedenfalls kein reines Polnisch, und sie unterscheiden sich auch durch die von dem polnischen Blatte in Thorn berichtete Thatsache von den Polen. Denn diese Letzteren haben zum Seedienst gar keine Neigung, und selbst in seiner glänzendsten Periode besaß das polnische Reich keine nationale Flotte. Den Handel an der Ostsee betrieben zu jener Zeit die Deutschen (hauptsächlich in Danzig), am schwarzen Meere aber (bei Oczakow) die Kosaken.

— **Statistisches.** Nach dem amtlichen Schulblatte für unsere Provinz wurden im Jahre 1875 im Regierungsbezirke Posen 36 evang., 41 kath., 3 jüd. und 5 Lehrerinnen definitiv, 62 evang., 78 kath., 2 jüd. interimistisch und 8 kath. Lehrer provisorisch angestellt, zusammen 235. Entlassen wurden 10 evang., 12 kath., versetzt 2 evang., 2 kath., emeritirt 2 evang., 5 kath. und 1 jüd. Lehrer. Gestorben sind 7 evang., 17 kath., 1 jüd. Lehrer. Vakant wurden 101 evang., 127 kath., 8 jüd. Lehrerstellen, zusammen 235. Es weisen diese Zahlen mithin noch eine große Anzahl unbesetzter Lehrerstellen auf. Ernannt wurden 4 Rektoren (1 Prediger, 1 Predigtamtskandidat, 1 Gymnasiallehrer, 1 Lehrer), zu Hauptlehrern wurden 3, zu Präparandenbildnern 1, zu Seminarlehrern 2 Lehrer ernannt. Dekorirt wurden der Lehrer Hoffmann zu Ostrowo und der Kantor und Lehrer Sopart zu Kempen, beide mit dem Adler der Inhaber des hohenzollernschen Hausordens. 121 Lokalschulinspektoren, darunter 109 Geistliche, wurden ihres Amtes enthoben. Zu Lokalschulinspektoren wurden ernannt 111, nämlich 16 Kreisschulinspektoren, 3 Rektoren, 2 Seminarlehrer, 1 Gymnasiallehrer, 2 Lehrer, 13 Bürgermeister, 11 Distriktskommissarien, 1 Kreisrichter, der Direktor der Irrenanstalt zu Owinsk, 1 Kreiswundarzt, 1 Arzt, 1 Apotheker, 1 Oberzollinspektor, 1 Obergrenzkontrolleur, 1 Rentamtmann, 20 Gutsbesitzer, 9 Gutspächter, 1 Administrator, 5 Wirthschaftsinspektoren, 2 Lieutenants und 18 Pfarrer.

— **Die Ziehung** der 2. Klasse 153. der königlich preußischen Klassen-Lotterie wird in Berlin am 8. Februar d. J., Morgens 8 Uhr, im Ziehungssaale des Lotteriegebäudes ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose, sowie die Freiloose zu dieser Klasse, müssen nach den §§ 5 6 und 13 des Lotterieplanes, unter Vorlegung der bezüglichen Loose aus der 1. Klasse bis zum 4. Februar d. J., Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts eingelöst werden.

r **Der Vorstand der Gewerbevorschule** der polytechnischen Gesellschaft hat an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe ein Gesuch um Bewilligung von geeigneten Modellen für den Modellir-Unterricht an dieser Anstalt gerichtet, da es derselben an den erforderlichen Mitteln fehlt, um derartige Modelle auf eigene Kosten anzuschaffen. Der Herr Minister hat nunmehr, wie man hört, die hiesige k. Regierung zunächst zur Berichterstattung über die Leistungen und Bestrebungen der Gewerbevorschule aufgefordert, und wohnten zu diesem Behufe die Herren Regierungsrath Kalliske und Regierungsbaurath Haustein an einem Abende der vorigen Woche längere Zeit dem Unterricht in der Schule bei. Da auch andere gewerbliche Fortbildungsschulen vom Herrn Minister Modelle für den Modellirunterricht erhalten haben, so ist vielleicht Aussicht vorhanden, daß das Gesuch des Vorstandes der hiesigen Gewerbevorschule nicht unberücksichtigt bleiben werde.

r **Die kaufmännische Vereinigung** hielt am 31. Januar d. J. Nachmittags im Bazarlokale ihre ordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe wurde eröffnet und geleitet vom Kaufmann Sal. Löwinsohn, dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden, der nach dem Tode des früheren Vorsitzenden, Kaufmann Jul. Briske, den Vorsitz übernommen hat. Kaufmann Sal. Löwinsohn widmete zunächst dem Andenken des früheren Vorsitzenden einige warme Worte der Anerkennung für die Verdienste, welche derselbe sich um den Handel und den Handelsstand unserer Stadt erworben, und wies dabei auf folgende Thatsachen hin: Dem Vorstande der kaufmännischen Vereinigung gehörte Kaufmann Jul. Briske seit dem Jahre 1856 bis zu seinem Lebensende an, und wurde im Jahre 1867 zum Vorsitzenden derselben gewählt, welchen Posten er bis zu seinem Tode bekleidete. In Anerkennung seiner Verdienste um den Handelsstand wurde er im Jahre 1859 zum Mitgliede der Handelskammer gewählt, und wirkte in derselben bis zum Jahre 1871, wo er sein Amt niederzulegen sich genöthigt sah, indem er damals in den Aufsichtsrath der Provinzial-Aktienbank eintrat. Der Landmarkt-Kommission hat er vom Jahre 1855 bis zu seinem Lebensende angehört. Im Jahre 1865 wurde er zum Börsen-Kommissar ernannt und hat als solcher bis zu seinem Lebensende gewirkt. Der Verein junger Kaufleute wählte ihn in das Kuratorium, welche Stellung er gleichfalls bis zu seinem Tode bekleidet hat. In allen diesen Funktionen habe der Verstorbene, führte Kaufmann Sal. Löwinsohn weiter aus, mit großer Hingebung seine Pflichten treu erfüllt, und den reichen Schatz seiner Erfahrungen zum Besten seiner Berufsgenossen verwerthet. Ein solches Wirken reiche über das Grab hinaus, und das Andenken an den Verstorbenen werde der kaufmännischen Vereinigung stets lieb und theuer sein. — Hierauf wurde die Rechnung pro 1875 gelegt und alsdann zu den Wahlen geschritten. An Stelle des verstorbenen Kaufmanns Jul. Briske, dessen Wahlperiode gegenwärtig abgelaufen wäre, wurde Kaufmann Moritz Bergas auf 3 Jahre gewählt; auf die gleiche Dauer wurden die ausscheidenden Kaufleute Magnus Czapski und Wilhelm Kantorowicz wiedergewählt. Außerdem wurden 10 Schiedsrichter und 18 Mitglieder für die beiden Sachverständigen-Kommissionen gewählt.

r. **In der polytechnischen Gesellschaft** wurde am Sonnabend ein Schreiben der hiesigen Handelskammer verlesen, in welchem dieselbe die polytechnische Gesellschaft benachrichtigt, daß die Handelskammer ebenso wie der Handwerkerverein, der polnische Industrieverein und die polytechnische Gesellschaft vom kgl. statistischen Büreau um Ermittelung der Hausindustrie-Verhältnisse im Bezirke der hiesigen Handelskammer ersucht worden sei. Zur Förderung der Sache und um eine zweckentsprechende Beantwortung der übermittelten Fragebogen herbeizuführen, halte die Handelskammer ein Zusammenwirken der betr. Vereine und Korporationen unter einer einheitlichen Leitung für wünschenswerth. Seitens der Handelskammer seien zur Verhandlung bei den erforderlichen Konferenzen der stellvertretende Vorsitzende, Stadtrath Gartey, und der Mühlenbesitzer Anton Kratochwill beauftragt worden, welche mit den Delegirten der betr. Vereine in Verbindung zu treten sich bereit erklärt hätten. Seitens der polytechnischen Gesellschaft wurden zu diesen Konferenzen der Medizinalassessor Apotheker Reimann und der Kupferschmiedemeister Werner delegirt. — Ueber die Dampfexplosion zu Jankowice (Kr. Posen), durch welche in der dortigen Spiritusbrennerei am 20. Januar drei Menschen ums Leben gekommen sind, wurden von kompetenter Seite eingehende Mittheilungen gemacht. Danach dürfte die Explosion des dortigen Henze'schen Kartoffel-Dämpf-Apparats lediglich dadurch herbeigeführt worden sein, daß derselbe aus zu schwachem und zu mangelhaftem Blech konstruirt war. Ein derartiger Apparat soll einen Dampfdruck von drei Atmosphären aushalten können; der durch die Explosion zertrümmerte Apparat jedoch, der bei guter Beschaffenheit aus einem tadellosen Bleche von mindestens 8 Millimetern Stärke hätte konstruirt sein müssen, bestand aus einem Bleche von nur 6 Millimetern Stärke, welches überdies keine homogene Masse bildete, sondern aus mehreren Lagen bestand, so daß der Apparat nur einen Dampfdruck von 2 Atmosphären aushalten konnte und bei einem Drucke von 3 Atmosphären unfehlbar explodiren mußte. Der Dampfkessel, welcher unter Anderem auch den Dampf für den Kartoffel-Dämpf-Apparat lieferte, war auf 5 Atmosphären Dampfdruck geprüft. — Zur **Brodbereitung** benutzt man in Amerika neuerdings vielfach eine Abkochung von Hopfen in Wasser, welche, mit dem Mehle zu Teig verknetet, eine sofortige starke Gährung erzeugen soll, während bei Zusatz von Sauerteig die Gährung stets erst nach einiger Zeit eintritt. Es scheint danach, als wenn in dem Hopfen ein Fermentationsstoff enthalten ist, der sich bisher der Untersuchung entzogen hat. — Die **Beleuchtung mit Petroleum** ist, wie dies genaue photometrische Untersuchungen ergeben haben, ganz bedeutend billiger, als die Gasbeleuchtung. Eine Petroleumflamme, welche die Leuchtkraft von 6 Stearinkerzen besitzt, hat dieselbe Intensität wie eine Gasflamme, welche 5 Kubikfuß Gas pro Stunde verbraucht. Das Liter Petroleum zu 20 Pf. gerechnet, kostet eine solche Flamme nur ½ Pf. pro Stunde, die entsprechende Gasflamme dagegen 3¼ Pf.

r. **Die Auktionatoren,** welche auf Grund der Gewerbeordnung vom 21 Juni 1869 ihr Gewerbe üben, unterliegen keiner Beschränkung in Betreff ihrer Taxe, wie dies folgender Vorfall zeigt. Ein hiesiger Bauunternehmer, welcher durch einen hiesigen Auktionator einen Schuppen behufs Abbruches hatte versteigern lassen, fand die dafür geforderte Taxe von 73 Thlr. zu hoch, da die Versteigerung nur den Betrag von 700 Thlr. ergeben hatte. Er wandte sich deswegen mit einer Beschwerde an die hiesige Polizeibehörde, erfuhr aber von dieser, daß nur die von der Obrigkeit konzessionirten kgl. Auktionskommissarien einer bestimmten Taxe unterliegen, dagegen alle Auktionatoren oder Auktionskommissarien, welche lediglich auf Grund der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 ihr Gewerbe betreiben, keine bestimmte Taxe einzuhalten verpflichtet seien.

r **Der Kutscher** eines hiesigen Bierverlegers gerieth am Sonnabend auf der Chaussee bei Winiary mit einem Postfuhrwerke in Kollision und wurde deswegen von einem vorüberfahrenden Gutsbesitzer getadelt und wegen höhnischer Bemerkungen von diesem mit der Peitsche geschlagen. Der Kutscher zog, ergrimmt darüber, einen Revolver hervor, und feuerte auf den Gutsbesitzer einen Schuß ab, ohne jedoch denselben zu verletzen.

§ **Zwei Knaben** brachen am Sonntage in der Nähe der großen Schleuse auf dem Eise der Warthe ein und wären ertrunken, wenn ihnen nicht zwei Beamte zu Hilfe gekommen wären, und sie aus dem Wasser herausgezogen hätten.

§ **Körperverletzung.** Ein hiesiger Kutscher griff am 30. v. M. einen auf der Wallischei wohnenden Tischler mit einem stumpfen Instrumente angeblich ohne Ursache an und versetzte demselben mehrere Hiebe auf den Kopf, so daß der Angriffene einige Wunden davontrug.

§ **Diebstähle.** Einer auf der Seminarstraße wohnenden Dame wurde durch ein Dienstmädchen eine goldene Kette gestohlen. — Einem auf der Wienerstraße wohnenden Tischler wurde gestern aus offener Stube eine silberne Zylinderuhr mit kurzer Haarkette, goldenem herzförmigen Schieber und goldenem Schlüssel gestohlen. — Einem hiesigen Wundarzte wurde aus unverschlossener Stube ein Tabakskasten von Mahagoniholz und eine Flasche Liqueur gestohlen. — Ein Geselle erschien gestern Abends in einer hiesigen Apotheke und verlangte für 2 Pfennige Schwarzpech. Als man ihm das Verlangte gab, legte er ein Fünfpfennigstück auf den Tisch und entfernte sich, wurde jedoch ergriffen und wegen Betruges verhaftet.

α **Birnbaum,** 27. Januar. [Vorschuß-Verein.] Die am 25. d. M. abgehaltene General-Versammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins (eingetragene Genossenschaft) war ziemlich zahlreich besucht. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Rechnungslegung für 1875. Darnach gehörten dem Vereine am Jahresschluß 238 Mitglieder mit einem Guthaben von 21558.82 M. an. Die aufgenommenen Darlehne belaufen sich auf 32263,70 M. Vorschüsse wurden bewilligt 153527 M., und zwar 115 Posten bis zu 100 M., 137 Posten bis zu 500 M., 53 Posten bis zu 1000 M. und 40 Posten über 1000 M. Daran wurden bei einem Zinsfuße von 2 Prozent über Bankdiskont 3644,45 M. Zinsen gewonnen. Der Reservefonds hat einen Bestand von 1957,34 M. Die Dividende wurde auf 6½ Prozent festgesetzt. Verluste hat der Verein auch in diesem Jahre nicht erlitten, dagegen mußten 2 Mitglieder, weil sie es wegen Rückzahlung der erhaltenen Vorschüsse hatten zur Klage kommen lassen und ein Mitglied wegen Nichtzahlung der Beiträge statutenmäßig ausgeschlossen werden. Der Kaufmann B. Graupe wurde als Vorstands-, der Apotheker Reinhard und Bureau-Assistent Schreck als Ausschuß-Mitglieder wieder- und Uhrmacher Hälscher in den Ausschuß neu gewählt.

§ **Kempen,** 31. Januar. [Kommunales. Fortbildungsverein. Kreuzburg-Posener Eisenbahn.] Obgleich bereits ein voller Monat des neuen Jahres verflossen ist, hat sich die Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt noch immer nicht konstituirt. Am 20 Dezember v. J. nämlich fand für den Rechtsanwalt Dr. v. Szafarkiewicz, dem das k. Appellationsgericht die früher ertheilte Ermächtigung als Stadtverordneter zu fungiren wieder entzogen hatte, eine Ersatzwahl statt, die auf Herrn Apotheker Sprenkmann (liberal) fiel. Durch diese Wahl wäre Stimmengleichheit zwischen der Oppositionspartei — einer Verbindung von Polen mit einem Theile der jüdischen Stadtverordneten — und der sog. liberalen Partei entstanden; es wurde jedoch gegen die Gültigkeit derselben Protest bei der Regierung eingelegt. Die Oppositionspartei wollte nun ihre Majorität von einer Stimme (6 zu 5) zur Neubildung des Bureaus in ihrem Sinne benutzen und ließ deshalb durch das älteste Mitglied der Versammlung eine Sitzung für den 5. d. M. ausschreiben. Diese wurde jedoch durch telegraphischen Befehl der Regierung verhindert und, wie es heißt, jede Stadtverordnetensitzung bis zur Erledigung des betreffenden Protestes untersagt. Ueber dieses Verfahren der Regierung soll Beschwerde geführt werden. Am 25. d. M. ging die Bestätigung der Wahl des Hrn. Sprenkmann hier ein, trotzdem hört man bis heute noch nichts von einer Sitzung. Dem weiteren Verlauf dieses interessanten Konflikts sieht man mit Spannung entgegen. — Am 26. d. M. hielt Herr Gymnasiallehrer Kornick im hiesigen Fortbildungsvereine einen Vortrag über den „Verbrennungsprozeß". Diesem sollen in Kurzem mehrere andere Vorträge folgen. Es ist hier die Absicht vorhanden, den genannten Verein entweder nach dem Muster der Humboldtvereine umzugestalten, oder eventuell einen neuen Verein mit der Tendenz derselben zu gründen, um endlich auch in unserer Provinz die Bildung eines Provinzialverbandes der Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung anzuregen. — Die Kreuzburg-Posener Eisenbahn ist für unsere Stadt und Umgegend von bedeutendem Vortheil, schon deswegen, weil wir dadurch in der Lage sind, Kohlen u. s. w. viel billiger als bisher aus Oberschlesien zu beziehen. Leider hat die Verwaltung ihren Güterschuppen ungefähr ¼ Meile von der Stadt angelegt und erst neuerdings sich bereit erklärt, die für Kempen ankommenden Güter auf einem provisorischen Verbindungsgeleise nach dem Güterbahnhofe der Breslau-Warschauer Eisenbahn zu befördern; sie erhebt jedoch für 100 Kilo einen Zuschlag von 8 Pf., der schon bei einem Waggon Kohlen eine ziemlich beträchtliche Summe ausmacht. Es wäre im Interesse des Verkehrs dringend erwünscht, wenn dieser Zuschlag möglichst bald aufgehoben würde.

△ **Neutomischel,** 31. Januar. [Schulinspektion.] Der hiesige evangelische Pfarrer und Lokalschulinspektor Herr Schmidt ersuchte vor ungefähr 8 Monaten die Regierung zu Posen, ihm die Inspektion über die hiesige vierklassige Stadtschule abzunehmen und bemerkte dabei, daß es ihm bei seinen vielen pfarramtlichen Funktionen in der großen über 7000 Seelen zählenden Kirchengemeinde erwünscht wäre, auch von der Inspektion über die zur Parochie gehörenden 8 Landschulen enthunden zu werden. Die Regierung hat nun vor einigen Tagen diesem Auftrage in der Weise entsprochen, daß sie die Inspektion über die hiesige Stadtschule dem Kreisschulinspektor Herrn Dr. Förster hierorts übertrug und mit der Lokalinspektion über die 8 in der Parochie Neutomischel gelegenen Landschulen dem evangelischen Pfarrer und Lokalschulinspektor Herrn Illgner zu Friedenhorst betraute. In Betreff der Kreisschulinspektion gehören die 8 Landschulen nach wie vor zum evangelischen Kreis-Schulinspektions-Bezirk Tirschtiegel.

⚭ **Schroda,** 29. Januar. Heute wurde in der hiesigen kathol. Schule unter dem Vorsitze des Herrn Kreis-Schul-Inspektors Blodau die erste Bezirks-Lehrer-Konferenz abgehalten, zu welcher sich sämmtliche Lehrer mit Ausnahme eines durch Krankheit entschuldigten eingefunden hatten. Diese Bezirkskonferenzen sollen außer der jährlichen Kreiskonferenz vierteljährlich stattfinden, und zwar in Stadt- und Landschulen, und ist zu diesem Zweck der Kreis in 6 Schulbezirke eingetheilt worden. — Die betreffende Konferenz wurde mit einem von den Schulkindern gesungenen Morgenliede eröffnet. Darauf hielten zwei Lehrer eine Probelektion über die Heimathprovinz Posen. Das Resultat war nach der Ansicht der Mehrheit der Anwesenden befriedigend. — Die hiesige Kreis-Lehrer-Bibliothek zählt gegenwärtig bereits über 170 Bände, meist Geschenke, und ist durch den ihr überwiesenen Staatszuschuß und durch die freiwilligen Beiträge seitens der Lehrer in den Stand gesetzt, in einigen Wochen diese Anzahl bedeutend zu vermehren. Befremdend ist es, daß die evangelischen Lehrer des Kreises sich jetzt sowohl von den gemeinsamen Konferenzen, als auch von der Kreislehrer-Bibliothek zurückziehen, obgleich mehrere von ihnen noch vor einigen Monaten das im Erziehungs- und Unterrichtswesen beabsichtigte Zusammenwirken mit den katholischen Lehrern für zeitgemäß und nutzenbringend erachteten.

Bromberg, 31. Januar. [Mord. Feuersbrunst. Verschwunden.] Am Sonnabend Abend gegen 11½ Uhr passirten die beiden Lampenanzünder Fröhlich und Busse die Kaiserbrücke. Unter der Brücke auf dem Eise der Brahe hörten sie leises Sprechen. Sie achteten anfänglich nicht darauf, als sie aber die ärgerlich ausgestoßenen Worte: „Ach, mach' doch keine Dummheiten!" hörten, wurden sie aufmerksam und blieben stehen; gleich darauf hörten sie einen Fall ins Wasser und den ängstlichen Ruf: „Mein Gott! was hast Du mit mir gemacht!" Sie eilten jetzt an das Ufer der Brahe und sahen einen Menschen, der vom Eise der Brahe kam, davonlaufen. Sie verfolgten ihn, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß von dem in das Wasser Gestoßenen nichts mehr zu sehen und derselbe unter dem Eise bereits verschwunden war: in einer Entfernung von 200 Schritten ereilten sie ihn und hielten ihn fest. Es war der Schieferdeckergeselle F. Fiebig aus Kl. Bartelsee. Er gab an, daß der ins Wasser gefallene Mensch der Schieferdeckergeselle H. Bleß gewesen sei, der sich habe ersäufen wollen und den er, Fiebig, nur begleitet habe. Fiebig ist festgenommen und die gegen ihn eingeleitete Untersuchung wird Näheres ergeben. Nach der Leiche des Bleß ist vorgestern und gestern gesucht, dieselbe aber nicht gefunden worden. Die Brahe ist dort mit Eis bedeckt und nur an jener Stelle, wo Bleß hineingestoßen oder gefallen ist, auf einer kleinen Strecke offen. Bleß ist übrigens ein ordentlicher Mensch gewesen, der das Vertrauen seines Arbeitgebers [illegible]

(Fortsetzung in der Beilage.)

in hohem Grade genoß, während dies bei Fiebig in keiner Weise der Fall war, so daß man annimmt, Neid sei das Motiv der That gewesen. — In dem Dorfe Salesch bei Drausnitz hat eine Feuersbrunst am 28. d. M. ein altes, der Gutsherrschaft gehörendes Familienhaus, worin 3 Familien wohnten, vernichtet. Die Familienväter waren nicht mehr zu Hause, sondern zur Arbeit gegangen. Bei dem dichten Nebel wurde die Feuersbrunst im Orte nicht eher bemerkt, bis keine Rettung mehr möglich war. Ein Knabe von 3 Jahren, den seine Mutter eiligst mit einem Bette aus dem brennenden Hause gerettet hatte, war, während die Mutter ihre Kuh loszubinden in den Stall geeilt war, verschwunden und wurde nach dem Brande hinter dem Kochherde versteckt todt vorgefunden. Die Arme und Füße waren ganz verkohlt. Es war herzzerreißend, den Jammer des herbeieilenden Vaters mit anzusehen, der sein einziges Kind auf solche schreckliche Weise verloren hatte. Einer armen Wittwe verbrannten sämmtliche Möbel und ihre einzige Kuh. Besonders aber ist die Familie des armen Einwohners Schmidt, der 5 bis 6 kleine Kinder hat, welche von der Mutter aus dem brennenden Hause getragen wurden, während ihre ganze Habe verbrannte, zu bedauern. Diese Familie hat nicht einmal die nothdürftigste Kleidung gerettet. Mitleidige Herzen werden gebeten, durch kleine Geldspenden oder Uebersendung abgelegter Wäsche und Kleidungsstücke diese armen, fast nackten und obdachlosen Leute zu unterstützen. Der Lehrer und Postagent Haenschke zu Drausnitz ist bereit, eingehende Gaben den armen Abgebrannten zu übermitteln. — Seit Sonnabend Morgen wird der Buchhalter Kr. von der königlichen Mühlenadministration hierselbst vermißt. Er hat an jenem Morgen seine Wohnung verlassen, ohne in dieselbe bis jetzt zurückgekehrt zu sein. Da er in letzter Zeit zuweilen an Anfällen von Schwermuth litt, so vermuthet man, er habe sich in einem solchen Anfalle ein Leid angethan. (Br. Z.)

× **Bromberg**, 31. Januar. [Vor der Kriminal-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts] wurde heute in zwei Anklagesachen ein kirchenpolitischer Prozeß gegen 5 katholische Geistliche verhandelt. Dieselben hatten sich insofern gegen die Maigesetze vergangen, als die Pröpste Carl v. Zarzecki aus Łąsk und Hippolit Staniewicz aus Womwellno sowie der Vikar Vincent Jaskólski aus Wierzchucztn auf dem am 15. August in Monkowarsk abgehaltenen Ablaß Beichte gehört und Messe gelesen, ferner die Pröpste Dobbek aus Dobrcz und Schulz auf einem Ablasse in Dzielsk das Gleiche gethan hatten. Während die ersteren drei sich zu entschuldigen suchten, daß sie vor Erlaß der Maigesetze angestellt worden seien und die Bestimmungen derselben in dieser Beziehung keine Anwendung auf sie finden könnten, machten die letzteren Beiden noch außerdem geltend, daß eine Ministerialbestimmung existire, nach der Geistliche derartige vorübergehende Amtshandlungen vornehmen könnten, auch ohne vorher dem Oberpräsidenten davon Mittheilung gemacht zu haben. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ließ diesen Einwand nicht gelten, indem er hervorhob, daß diese Bestimmung nicht publizirt sei und deshalb keine Bedeutung habe. Er beantragte eine Strafe von 30 M. gegen jeden der Angeklagten. Der Gerichtshof, bestehend aus dem Kreisgerichts-Direktor van Baren und den Kreisgerichts-Räthen Ruffmann und Plath, erkannte auf Freisprechung, indem angenommen wurde, daß die von den Geistlichen vorgenommenen Amtshandlungen keine dauernden waren, welche eine längere Vertretung und eine vorhergehende Meldung beim Oberpräsidenten im Sinne des Gesetzes erheischt hätten.

Aus dem Gerichtssaal.

Oppeln, 28. Jan. [Todesurtheil.] Bei der gestern hier unter Vorsitz des k. Kreisgerichtsdirektor Güthe aus Grottkau abgehaltenen Schwurgerichtsverhandlung saß die verwittwete Rosamunde Motog, geb. Röbrig, auf der Anklagebank, des Giftmordes beschuldigt. Dieselbe ist 37 Jahre alt, war in erster Ehe mit dem Lehrer Schiffer zu Ober-Rosen, Kreis Creuzburg, und in zweiter mit dem Lehrer Motog in Nieder-Ellguth bei Creuzburg verheirathet gewesen. Der letztere starb im Anfang des Monats August v. J. angeblich an einer Magen- und Darmentzündung, nachdem die Ehe etwa 6 Monate bestanden. Behandelt wurde Motog zuletzt durch den Dr. Graber zu Creuzburg, welchem sich wegen des unter eigenthümlichen und auffallenden Umständen erfolgten Todes der Verdacht aufdrängte, daß Motog an Gift gestorben sei, ein Verdacht, welchen die Expertise bestätigte, indem in den inneren Theilen des Verstorbenen Arsenik entdeckt wurde. Der Verdacht lenkte sich immer entschiedener gegen Frau Motog, welche erwiesener Maßen sich im Besitz von Arsenik befand und solchen wahrscheinlich einem Pulver zugemischt hatte, das dem kranken Motog ärztlicherseits verordnet war. Da die Möglichkeit, daß der Arsenik in der Apotheke aus einem Versehen den Pulvern beigemischt worden, ebenso wie der Verdacht einer fahrlässigen oder einer Töttung seitens der Kinder des 2c. Motog aus erster Ehe ausgeschlossen war, und da ferner für die Annahme eines Selbstmordes genügende Momente sich nicht vorfanden, so gelangten die Geschworenen zu dem Verdikt, daß die Angeschuldigte ihren Ehemann durch Gift mit Vorsatz aus dem Wege geräumt habe, in Folge dessen dieselbe zum Tode verurtheilt wurde. So einfach der objektive Thatbestand des Verbrechens war, um so auffallender lag der Fall in psychologischer Beziehung, da besondere Gründe, wie sie sich sonst als Veranlassung zu dergleichen Verbrechen vorfinden, hier nicht nachweisbar waren. Die Angeklagte, auf welche außerdem der dringende Verdacht lastet, auch ihren ersten Mann, den Lehrer Schiffer, aus dem Wege geräumt zu haben, da derselbe seiner Zeit ohne vorhergehende Krankheit plötzlich unter Symptomen einer Vergiftung starb, bewahrte während der ganzen bis Abends 10½ Uhr dauernden Verhandlung dieselbe kalte Ruhe, welche sie auch nicht verließ, als ihr das Todesurtheil verkündet wurde. (Schles. Ztg.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Oels-Gnesener Stamm-Prioritäts-Aktien.** Zur Abwickelung des zur Zeit der Verlegenheit der jetzt in Konkurs befindlichen Pleßner'schen Baugesellschaft abgeschlossenen Vorschußgeschäfts auf die Stamm-Prioritäts-Aktien der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft, ist es jetzt zur formalen Nothwendigkeit geworden, das ganze Stamm-Prioritäts-Aktien-Kapital der Bahn im Betrage von 13,950,000 Mark zur öffentlichen Subhastation zu bringen, was nach einer Bekanntmachung dreier vereideter Makler am 2. Februar an der Berliner Börse geschehen soll. Der „B. B. K“ bemerkt dazu: Immerhin ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Finanzgruppe, von welcher s. Z. das Darlehn extrahirt wurde, sich in der Zwischenzeit noch in genügender Weise für die Uebernahme des ganzen Postens genügend stark macht, wodurch dann die Subhastation der 13,950,000 Mark vermieden würde.

Vermischtes.

⊙ **Breslau**, 30. Januar. [Theaterverhältnisse. Großgrundbesitz. Raubmord. Baumaterialien.] Die Herren Theaterdirektoren Tescher und Auerbach haben nunmehr öffentlich angezeigt, daß sie ihre bisherigen Funktionen niedergelegt und dieselben einem von den Bühnenmitgliedern gewählten Komite vom 1. Februar ab übergeben haben. Das Letztere stellt eine Herabsetzung der Preise in Aussicht, vielleicht das richtige Mittel, den Theaterbesuch zu heben, der unter der Menge von kleineren Bühnen, Café chantants, Bierlokalen und Gesangskellern seit lange erheblich leidet. Außer dem Stadt-, Lobe- und Thalia-Theater besitzen wir noch ein Variété- und Vaudeville-Theater, sowie drei bis vier Privatgesellschaften, welche in den kleineren Sälen der Stadt gegen mäßiges Entgelt Vorstellungen geben. Die Eintrittspreise variiren zwischen 30 und 75 Pf. Außerdem haben sämmtliche größere Bierlokale Künstler u. Sänger 2. u. 3. Ranges engagirt, um ihre Gäste neben Konzert u. Bier noch mit allen möglichen Allotrias zu unterhalten. So sind im Scholz'schen Etablissement neben einer Militärkapelle die bekannten leipziger Koupletsänger, im Simmenauer-Garten eine Miß Pastrana neben einem ganzen Künstlerpersonal, im Zeltgarten eine englische Glockenspieler-Familie nebst einem Singvögel-Imitator, genannt Monsieur Semele (Nachtigall) und in der Wiesner'schen Brauerei ein Menschenaffe (Chimpanse) engagirt, welcher auf dem dortigen Theater täglich seine Sprünge und Grimassen zum Besten giebt. Hierzu tritt noch der Zirkus, wie kann es da Wunder nehmen, wenn der Mittel- und Bürgerstand vorzieht, bei mäßigem Entree sich belustigen zu lassen und seinen Schoppen Bier zu trinken, statt im Theater auf dem 3. Platze noch 15 bis 17½ Sgr. pro Billet zu zahlen. — Zu dem Berichte über den schlesischen Großgrundbesitz sind noch folgende Besitzer nachzutragen: Herzog von Augustenburg auf Primkenau mit 46,000 M., Graf Dohna auf Kotzenau mit 38,400 M., Graf Solms auf Klitschdorf mit 36,000 M., Graf Dohna auf Malmitz 35,000 M., Prinzessin Marianna der Niederlande 25,000 M., Herzog von Würtemberg auf Karlsruh 20,000 M., Graf Rittberg in Modlau 19 000 Mk, Graf Sandrezky'sche Erben in Langenbielau 20,000 M., Graf Reichenbach auf Goschütz 25 000 M. Zu berichtigen ist, daß der Herzog von Ujest auf Slawentschütz nicht 114,000 M., sondern 180,000 M. Guts- u. Forstfläche besitzt. — Aus der Gegend von Waldenburg ist im Laufe dieser Woche wiederum die Nachricht eines schweren Verbrechens eingegangen, indem am 22 Januar zwei Arbeiterinnen der Thielschen Porzellan-Fabrik in Altwasser, als sie des Abends nach dem Lohnempfang ihrem Heimathsdorfe zueilten, angefallen und beraubt worden sind, wobei das eine der Mädchen durch Mißhandlungen ihren Tod gefunden hat und die zweite lebensgefährlich krank darniederliegt. Es ist dies binnen 2 Jahren in der dortigen Gegend und zwar unter gleichen Umständen der 7. Fall, in dem junge von der Arbeit heimkehrende Mädchen beraubt, ermordet und zumeist nach dem Tode gemißbraucht worden sind, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, den oder die Thäter zu entdecken. Auf die Entdeckung des Mörders hat die Behörde eine Prämie von 1000 M. gesetzt. In Gleiwitz hat man wenige Tage nach dem Raubmord einen Strolch in Haft genommen, dessen Kleider mehrfache Blutspuren aufwiesen und dessen Persönlichkeit mit der Beschreibung des am Leben gebliebenen Mädchens auffallend übereinstimmte. Der Betreffende, ein übel berüchtigtes Subjekt, Namens Hübner, ist am Freitag gefesselt hier durchgebracht worden um in Waldenburg mit der Angefallenen konfrontirt zu werden. — Nach einer statistischen Notiz sind im abgelaufenen Jahre per Achse, Bahn und zu Schiffe hierher geliefert worden 19 755,000 Stück Maurerziegeln und 347,000 Stück Flachwerke, ein Beweis, welch rege Baulust im Jahre 1875 in Breslau geherrscht hat. Die Anmeldungen pro 1876 sind dagegen bis jetzt ziemlich unbedeutend.

* **Zur Explosion in Bremerhaven.** Die „Dresd. Presse“ schreibt: „Die Nachricht der hamburger „Reform“, wonach Thomas schon im Jahre 1866 wegen eines Attentats auf zwei englische Schiffe auf Requisition englischer Behörden verhaftet worden, bestätigt sich nicht, vielmehr haben die in Hamburg angestellten Nachforschungen ergeben, daß der Urheber des damaligen Attentates Namens Holisworth, welcher sich auf der Flucht den Namen Thompson beigelegt hatte, mit dem Verbrecher nicht identisch sein kann, da Jener bereits damals 45 Jahre alt war und dessen Personalbeschreibung eine andere ist.“

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 1. Februar. Der Reichstag nahm die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Titels 8 der Gewerbeordnung, wesentlich nach den Kommissionsanträgen an und den Paragraph 141aa nach dem Antrage Völk, durch welchen die gegen die Interessen Süddeutschlands verstoßende Kommissionsfassung abgeändert wird.

Konstantinopel, 1. Februar. Ein offizielles Telegramm meldet, die Truppen zerstreuten die an der österreichischen Grenze angesammelten Insurgenten. Die Regierung berief Truppen zur Ausfüllung der durch den Krieg entstandenen Lücken ein.

Das Hamburg-Newyorker Postdampfschiff „Frisia“, Kapitän J. Meyer, welches am 12. d. M. von hier und am 16. d. M. von Havre abgegangen, ist am 28. d. M. 5 Uhr Abends wohlbehalten in Newyork angekommen.

Handels-Register.

In unser Handels-Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist zufolge Verfügung vom 24. Januar 1876 heute eingetragen:

unter Nr. 455, daß der Kaufmann **Nathan Asch** zu Posen für seine Ehe mit **Rika Rothholz** aus Schwersenz durch Vertrag vom 14. Januar 1876 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes dergestalt ausgeschlossen hat, daß das gegenwärtige und zukünftige Vermögen der **Rika Rothholz** die Eigenschaft des vorbehaltenen Vermögens haben soll;

unter Nr. 456, daß der Kaufmann **Michael Hirsch Holzbock** und dessen Ehefrau **Johanna** geborene **Kuttner** zu Posen nach Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Ehemannes durch gerichtliche Erklärung vom 5. Januar 1876 die bisher in ihrer Ehe bestandene Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes dergestalt ausgeschlossen haben, daß das zukünftige Vermögen der Frau die Natur des vorbehaltenen Vermögens haben soll.

Posen, den 25. Januar 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Der in der Konkurssache über das Vermögen des Kaufmanns **A. F. Groß** zu Meseritz unterm 4. April 1872 abgeschlossene und unterm 16. April 1872 bestätigte Akkord ist durch die nachträgliche rechtskräftige Verurtheilung des Gemeinschuldners wegen betrügerischen Bankerutts von Rechtswegen nichtig geworden (§ 202 der Konkurs-Ordnung.)

Die hierdurch gebotene Fortsetzung des Konkurses (§ 206 flg. der Konkurs-Ordnung) kann bei Ermangelung irgend einer vertheilbaren Masse nicht stattfinden. In Folge dessen wird hiermit der Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **A. F. Groß** zu Meseritz für beendet erklärt (§ 277 der Konkurs-Ordnung.)

Meseritz, den 18. Januar 1876.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.

Kgl. Kreisgericht zu Schroda,
Erste Abtheilung,
den 27. Januar 1876.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Siegfried Ehrlich** zu **Schroda** ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 25. Decbr. 1875 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **Bernhard Mendelsohn** hierselbst bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 10. Februar 1876,
Mittags 12 Uhr,

in unserm Gerichtslokale, Termins-Zimmer Nr. 1, vor dem Konkurs-Kommissar Herrn Kreisrichter Großmann anberaumten Termine die Erklärungen und Vorschläge über die Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

21. Febr. 1876 einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Bekanntmachung.

Es sind mir ohne nähere Bezeichnung des Zwecks 165 Mark anonym eingesendet. Sollte nicht innerhalb 14 Tagen die Bestimmung dieses Betrages erfolgen, so wird solcher der Kranken-Unterstützungs-Kasse der Gas- und Wasserwerks-Arbeiter überwiesen werden.

Posen, den 1. Februar 1876.

Wilscheck,
Direktor.

Bekanntmachung.

An der jüdischen Schule hierselbst soll die **Lehrerstelle** schleunigst neu besetzt werden, Gehalt 750 Mark, sowie 135 Mark Miethsentschädigung und 105 Mark für Holz, wofür der Lehrer jedoch auch die Schulstube heizen lassen muß. Mosaische und evangelische Bewerber wollen ihre Zeugnisse schleunigst bei dem Vorsitzenden des Schulvorstandes, Herrn Bürgermeister **Schramm**, einsenden.

Bentschen, den 31. Januar 1876

Am 1. Februar cr. tritt zum Badischen-Mitteldeutschen Verband-Tarife vom 1. Juli 1873 ein Nachtrag XVIII. in Kraft und ist auf den Verbandsstationen zu haben.

Breslau und Guben, 28. Jan. 1876.

Direktion
der Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.
Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Freitag, den 4. Februar c., Vormittags 11½ Uhr, soll auf dem Kanonenplatz ein zum Gendarmerie-Dienst nicht mehr geeignetes **Pferd** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Posener Distticts-Commando
der 5. Gendarmerie-Brigade.

Gerichtliche Auktion.

Donnerstag, den 3. d., Vormittags 10 Uhr, werde ich auf dem Gute zu Golęcin circa 1500 Scheffel Kartoffeln gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Zindler,
Königl. Auktionskommissarius.

Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt a. O.

Nach Vorschrift des Artikels 17 des Statuts vom 14. September 1867 laden wir die Mitglieder der Gesellschaft zu der

am 2. März d. J., Vormittags 10 Uhr,

in dem Gesellschaftshause hierselbst abzuhaltenden

ordentlichen General-Versammlung

ein.

Es wird in derselben über die in Artikel 17 sub 1, 2, 4 und 6 des Statuts bemerkten Gegenstände sowie über einen Antrag, wonach die Tagesordnung der General-Versammlung jedem Mitgliede der Gesellschaft brieflich mitgetheilt werden soll, verhandelt und beschlossen werden.

Darauf, daß dieser General-Versammlung nach Nr. 9 des vorerwähnten Artikels 17 auch das Recht zusteht, über die Einberufung einer außerordentlichen General-Versammlung Beschluß zu fassen, wird hierdurch gleichzeitig hingewiesen.

Schwedt, den 1. Februar 1876.

Der vollziehende Director
von Brandt.

W. Angolo,
Civil-Ingenieur, Berlin,
Genthinerstraße 21.

Hauptspecialität: Einrichtungen von **Kartoffelmehl-, Syrup- und Zuckerfabriken, Trocknereien verschiedener Systeme.** Einrichtungen von **Brennereien, Mahl- u. Schneidemühlen** bester Construction, **Ziegelpressen, Drahtseilleitungen** und **Pumpen-Anlagen.** (H. 1251)

---

30 Schock birk. trockene Felgen

sind billig zu verkaufen. Näheres zu erfahren beim Gastwirth

A. Gutsch, Neutomischel.

Die Rinde von 2700 Eichen in der Miszkower Forst, eine halbe Meile von Samter, hat zum Verkauf

M. Loewenbach, Samter.

1200 Rmtr. trockenes und 1200 Rmtr. halbtrockenes Kiefer-Scheitholz,

offerirt billigst zum Verkauf frei Waggon Bahnhof Pitschen.

Die Dampfschneidemühle
Koschinsky & Gebauer.

---

80 Schock gesundes Roggen-Langstroh verkauft Dominium **Babin** bei **Strzałkowo.**

Circa 14 Ochsen zur Mast werden zu kaufen gesucht.

Offerten mit Preisangabe nimmt entgegen das Dominium **Mur. Goslin.**



Rambouillet-Stammheerde-Verkauf.

Meine im Jahre 1864 aus den besten Heerden Deutschlands gegründete und von da bis jetzt durch Herrn Schäferei-Direktor **O. Buchwald gezüchtete Rambouillet-Stammheerde** beabsichtige ich Wirthschaftsveränderungswegen im Ganzen oder auch getheilt sofort zu verkaufen. Die Heerde besteht aus ca. 100 Böcken, ¾—2 Jahre alt, worunter 3 ältere, sehr werthvolle Sprungböcke, und 350 Mutterthieren, ¾—5 Jahre alt. Züchtungsprinzip war: große, gute und leicht ernährbare Körper mit möglichst vieler und guter Kammwolle.

NB. Die Heerde hat sich bis dato eines guten Absatzes an Böcken erfreut und sind für den nächsten Verkauf recht werthvolle und billige Böcke vorhanden. (Hc. 1296)

Ackerhof, ⅛ Meile vom Ostbahnhof Konitz Westpreußen.

O. Zeden.



Sprungfähige **Vollblut-Böcke** der Oxfordshire- und Cotswold-Race stehen zum Verkauf auf dem Dominium **Modrze** bei Stenschewo.

Strohhüte

werden zum Waschen und Modernisiren angenommen. **Leopold Basch,** 57. Markt 57.

Vorschriftsmäßige

Kirchensiegel u. Stempel

fertigt sauber und billig

C. Voigt, Berlin.
Friedrichsstraße 158.

Eine leistungsfähige **Cartonnagen-Fabrik sucht** unter sehr günstigen Bedingungen geeignete **Vertreter.** Adr. erbeten unter **R. K. 906** an **Haasenstein & Vogler** in Dresden. H. 3423 a.

Mühlenguts-Verpachtung.

Eine an einem flößbaren Flusse unmittelbar an der Chaussee und in der Nähe großer Königlicher Forsten gelegene

Oel-, Mahl- und Schneidemühle

nebst ca. 100 Morgen Acker und Wiesen ist sofort auf eine Reihe von Jahren zu verpachten und zu Johanni 1876 zu übernehmen.

Qualifizirten Bewerbern mit einem disponiblen Vermögen von 18000 Mark ertheilt auf portofreie Anfrage kostenfreie nähere Auskunft **P. Garms** in Dt.-Krone.

Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt a. O.

Auf Grund des Artikels 22 des Statuts vom 14. September 1867 laden wir die Mitglieder unserer Gesellschaft zu einer

außerordentlichen General-Versammlung

ein, welche im Anschluß an die am 2. März d. J. im hiesigen Gesellschaftshause stattfindende ordentliche General-Versammlung abgehalten werden soll und die Berathung über die Annahme eines Pensions-Reglements für die Beamten der Gesellschaft zum Gegenstande hat.

Schwedt, den 1. Februar 1876.

Der Verwaltungsrath.

Zur Vormundschaftsordnung.

Für Justiz-Regierungsbeamte und Landrathsämter.

In unserem Verlage ist soeben erschienen und vorräthig bei

Louis Türk, Wilhelmspl. 4.

Das gerichtl. Hinterlegungswesen.

Eine Zusammenstellung der **dabei in Betracht kommenden Vorschriften nebst Formularen und Sachregister.**

Herausgegeben von **Siméon,** Rechnungsrath im Justizministerium.

16 Bogen. 4. Geheftet Preis 2 Mark.

Berlin, Januar 1876.

Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker.)

Rothklee, Weißklee, sowie sonstige **Feldsämereien** kauft zu höchsten Preisen

(W. 344.) **Michaelis A. Katz.**

Schönen frischen Blumenkohl

versendet gegen Nachnahme oder Referenz auf Berlin

A. Micha, Niederwallstr. 17 Berlin.

Krampfleidende. Epilepsie, Fallsucht.

Neueste erfundene Heilmethode durch das

Auxilium Orientis

von **Sylvius Boas,**

Spezialist für Krampf- und Nervenleidende.
Sprechstunden von 8—10 und 2—4.
Berlin SW., Friedrichsstr. 22,
Auch brieflich.

Sing. Nähmaschinen sind bill. zu verk. Zu erfragen Gr. Gerberstr. 10. 2. Etage, von 2—3 Uhr.

Schnelldämpfer

neuester Construction, zu 3 bis 6 Scheffel Kartoffeln zu dämpfen, stehen vorräthig bei

E. Gensichen, Kupferschmiedemeister, Schloppe.

Unglaublich

aber doch wahr!

1 Lefaucheux-Taschen-Revolver, 7 m m, **fehlerfrei**, 6 schüssig, englisch blau mit doppelter Bewegung und Sicherheits-Sperre für nur **Mark 8.** —

50 dazu paff. Patr. „ **1. 60.**

Gegen Nachnahme zu beziehen von **Carl Mainer,** München, (a. 143.) Windenmachergasse 6.

Bergstraße 4

ist die erste Etage, bestehend aus 5 Zimmern, Küche und Zubehör vom 1. April d. J. zu vermiethen.

---

2 Stuben nebst Küche in 1. Etage Große Gerberstraße 53 sofort zu vermiethen. Näheres bei Frau Szymanska daselbst.

Grünstr. 1, 2 Tr., find 2 unmöbl. Zimmer zu vermiethen.



Auf der **Posthalterei** in **Schroda** stehen mehrere sechs-, vier- und zweisitzige **Beichaisen,** ebenso 1 offener, 1 halb verdeckter **Extrapostwagen,** ein **Packetwagen,** einige **Schlitten,** sämmtlich noch wohl erhalten, preiswerth **zu verkaufen.**



Jeder Gummi-Artikel

Es wird **zollfrei** geliefert

Man wende sich vertrauensvoll an die chirurgische Gummi-Waaren-Fabrik v. **Georg Mielck in Hamburg.**

NB. Jede Anfrage w. beantwortet.

St. Martin Nr. 47 sind 2 Stuben, Küche ꝛc. für 80 Thlr. sofort zu vermiethen. Näheres beim Wirth.

Am 18. und 19. Mai d. J. wird zu Neubrandenburg der siebente große

Zuchtmarkt für edlere Pferde

abgehalten.

Gleichzeitig findet am 19. Mai eine große Verloosung von Equipagen, 80 Pferden und ca. 1500 werthvollen Reit-, Fahr- und Stall-Requisiten statt.

Hauptgewinn:

Eine elegante Equipage mit vier hochedlen Pferden im Werthe von

10,000 Reichs-Mark,

Gesammtwerth der Gewinn: 97,000 Reichsmark.

Preis des Looses **3 Reichsmark.**

Der Verkauf der Loose ist dem Hrn. **V. Siemerling** in Neubrandenburg übertragen, woselbst auch die Bedingungen für Wiederverkäufer zu erfahren sind.

Das Komite des Neubrandenburger Zuchtmarktes.

Graf Schwerin-Göhren. Pogge-Gevezin. Rath Loeper.

Ein General-Debit der Loose für **Schlesien** und **Posen** ist errichtet bei Herrn **E. Schlesinger,** Ring Nr. 4 in **Breslau.** (Hp. 1309)

Schützenstraße 20

ein Parterre-Zimmer sofort zu vermiethen.

Ein gut möblirtes Zimmer nebst Schlafkabinet und Entrée nach vorn heraus ist zu vermiethen **Halbdorfstraße 16** in der 2. Etage.

---

2 Zimmer und Küche auf Ostern zu vermiethen Büttelstr. 8.

St. Martin Nr. 46 ist in der 2. Etage eine Wohnung von 4 Zimmern, Küche, Speisekammer und Mädchengelaß nebst Zubehör vom 1. April zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer.

Kaufleute —, Landwirthe —, Forstbeamte —, Lehrer — ꝛc. erhalten Nachweisung über die in allen Branchen zu besetzenden Stellen gegen ganz geringes Honorar. **Prospecte gratis.**

Das Engagements-Nachweisungs-Bureau von **C. Demant Berlin,** Höchstestr. 42.

Ein tüchtiger erfahrener

Vogt,

der mit der Feder vertraut ist, wird zur Uebernahme der Hofwirthschaft gesucht zum 1. April cr. in Dominium

Mur. Goślin.

Ein unverheiratheter deutscher Beamter, der polnischen Sprache mächtig, mit guten Empfehlungen versehen, kann sofort Stellung finden. Lagiewnik bei Kischkowo.

Eine gut empfohlene Landwirthin, deutsch und polnisch sprechend, sucht sofort

Dom. **Polityka** b. Dombrowka.

Das Dom. **Alt-Kobylin** bei Kobylin sucht vom 1. April c. ab einen **Wirthschafts-Schreiber,** der polnischen und deutschen Sprache mächtig.

Schriftliche Meldungen nebst Abschrift der Zeugnisse nimmt das hiesige Wirthschafts-Amt entgegen.

Ein tüchtiger unverheiratheter **Gärtner,** mit guten Zeugnissen versehen, kann sich sogleich in der Irrenanstalt zu **Kowanówko** bei Obornik melden.

Ein **Lehrling,** Christ, mit guten Schulkenntnissen, kann sich melden in der Eisenhandlung Markt 48.

M. E. Bab.

Einen Lehrling sucht der Buchbinder-Meister **Th. Schiller,** Gr. Ritterstr. Nr. 7.

Für ein gr. **Baugeschäft** wird ein **ehrlicher** und **zuverlässiger** Mann als **Aufseher** resp. **Verwalter** ꝛc. bei **800 Thlr.** p. a. und **Tantieme** gesucht und braucht derselbe **nicht directe Fachkenntniß** zu besitzen. Adr. erb. unt. B. 100 an die Annoncen-Exped. Taubenstr. 23 **Berlin** W.

Zwei in allen Arbeiten bewanderte Mädchen aus e. kl. Stadt u. anständiger Familie, möchten vom 1. April Stellen als Jungfern oder Stütze der Hausfrau annehmen. Freundl. Behandl. erwünscht. Off. **P. P. 133** postlagernd Posen.

Ein gewandter herrschaftl. Diener 30er, verh., wenig Fam., m. d. besten Zeugn. v. h. Herrschaften, in letzter Stell. 6 Jahre, s. z. 1. April c. bei besch. Anspr. dauernde Stelle. Off. erb. bis 15. Febr. c. u. B 140 postl. Dobrzyca.

Stelle-Gesuch.

Ein junger Mann, 30 Jahr alt, der mehrere Jahre als Förster, zuletzt als Verwalter ein Gut selbstständig verwaltet hat und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht per sofort oder zum 1. April c. Stellung

Offerten nimmt die Annoncen-Expedition **„Invalidendank" Berlin** W. Behrenstr. 24, sub **D. V. 841** zur Weiterbeförderung entgegen.

Ein junger, kräftiger, unverheiratheter **Wirthschaftsbeamter,** beider Landessprachen mächtig, 6 Jahre beim Fach, **sucht**, gestützt auf gute Zeugnisse, pro 1. April d. J. anderweitige **Stellung.**

Gefällige Off bitte unter Chiffre **F. A. 200.** postlagernd **Jutroschin** niederzulegen.

Ein

junger Oeconom,

3½ Jahr beim Fach, der

polnischen Sprache

mächtig, sucht zum 1. April eine Stellung als zweiter Inspektor oder unter der directen Leitung des Prinzipals.

Gefl. Adressen sub **J. N. 9794** befördert **Rudolf Mosse, Berlin** SW.

Zugelaufen

eine junge braun- und weißgefleckte Hühnerhündin bei

J. Affeltowicz, Wallischei Nr. 87.

Allgemeiner Männer-Gesang-Verein.

1. **Maskenball, Sonnabend, 12. Februar,** Abends 8 Uhr im **Volksgarten-Saale.** Maskenbillets können die geehrten Mitglieder vom 5. d. Mts. ab bei Herrn **Schachschneider,** Markt 76, beziehen.

2. **Donnerstag, den 3. d. M., Ballotement** und **geselliger Abend** im **Lambert**'schen Saale.

Der Vorstand.

Naturwissenschaftlicher Verein.

Donnerstag, den 3. Februar, von 6—7 Uhr Abends:

Vortrag

des Herrn **Dr. May,** über das Essigferment, in der Aula der hiesigen Realschule.

Posener Männerturn-Verein.

Turnstunden: Montag und Donnerstag von 8—10 Uhr Abends im Turnsaal der Realschule, Schützenstraße Nr. 3.

Volks-Liedertafel.

Heute Abend Ballotage.

Familien-Nachrichten.

Gestern hat mich meine liebe Frau **Bertha** geborne Krayn durch die Geburt eines muntern Söhnchens hoch erfreut.

Posen, den 1. Februar 1876.

Herrmann Grützner.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Anna,** geb. Preiß, von einem kräftigen Mädchen beehre ich mich hiermit anzuzeigen.

Posen, den 31. Januar 1876.

Robert Cochoy.

Nachruf!

Am 29. Januar verschied in Folge eines Schlagflusses unser verehrter Chef, Herr

Heinrich Hertz.

In dem zu früh Dahingeschiedenen verlieren wir einen theuren Führer, dessen Andenken stets ehrenvoll in uns bewahrt bleiben wird.

Das Personal des Hauses Samuel Hertz.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Emma Meyer in Berlin mit Hrn. Louis Schlicht in Charlottenburg. Frl. Amanda Conström in Berlin mit Hrn. Fritz Stimming in Brandenburg a. H. Frl. Marie Worbs mit Hrn. Georg Witte in Berlin. Frl. Anna Klose mit Hrn. Richard Bochalli in Berlin. Frl. Ida Klose mit Hrn. Max Kleinert in Berlin. Frl. Marie Nerenz in Soldin mit Kaufm. Henry Leonhardt in Burg. Frl. Natalie Hagen in Kottbus mit Prem.-Lieut. C. v Zawadzky in Schwerin i. M. Frl Wally Saalbach mit Prem.-Lieut. Paul Bodenstein in Straßburg i. E. Frl. Elise Schädlich in Liegnitz mit Fabrikbesitzer Julius Dietrich in Lauban.

Interims-Theater in Posen.

Repertoir.

Mittwoch keine Vorstellung.

Donnerstag den 3. Februar:

Extra-Vorstellung.

Goldelse.

Charaktergemälde in 5 Akten von Carl Wechsel Rhingulf Wegener.

Freitag den 4. Februar:

Zum Benefiz für Herrn Otto Schulenburg:

(Neu.)

Durchgegangene Weiber.

Große Gesangsposse.

1. Bild: Breslauerstraße 90.
2. Bild: Im englischen Viertel.
3. Bild: Ein Ehemann in der Klemme.
4. Bild: Wanda, die schöne Polin.
5. Bild: Ein Restaurationskeller der neueren Zeit.
6. Bild: Das wahre Glück der Ehe.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Mittwoch:

(Nicht rauchen!)

Uriel Acosta.

Die Direction.

Carlotta Grossi

K. K. Opernsängerin aus Berlin,

Wilhelm Müller,

1. Cellist in der K. K Hofkapelle und Cellist im Quartett Joachim,

Oskar Rait,

Pianist,

werden **Donnerstag,** den **24.** Februar 1876 nur ein Concert im großen

Lambert'schen Saale

geben.

Das Nähere bringen die Zeitungen.

Meldungen auf Billets werden von heute ab entgegengenommen in der Hof-Buch- u. Musikalienhandlung von

Ed. Bote & G. Bock.

Die Gewinn-Liste

der **Kölner Flora-Lotterie** ist von heute ab bei mir einzusehen.

A. Romanowski,
Restaurant,
Kl. Ritterstraße 1.

Mittwoch, den 2. Februar:

Eisbeine

bei **L. Joseph, Wiener Tunnel.**

Restaurant Tunnel,

unterm **Poln. Theater.**

Heute Abend **Eisbeine.**

J. Baro.

Zum Subskriptions-Abendbrod, verbunden mit Tanzkränzchen ladet zum 12. d. M. ergebenst ein

C. Darnstädt,
Feldschloß.

Billets hierzu sind in der Cig.-Hdlg. von **August Haacke,** Friedrichsstraße 2, zu haben.

Heut Mittwoch

Echtes Culmbacher Bier

vom Faß, empfiehlt

E. Graefe,
Hotel de Paris.

Restaurant Fischers Lust.

Mittwoch und Donnerstag zum Kaffee frische eigen gebackene **Pfannkuchen, Eisbeine** und **Braunschw. Bratwurst** (groß wie der Teller), frische **Wurst** mit **Sauerkraut.**

Den 2. Februar:

großes Eis-Konzert

auf der Dominikanerwiese, Sandstraße links. Entree für Erwachsene 2 Sgr., für Kinder 1 Sgr.

Noch nie dagewesene große Eispartie vom Eichwaldthor links durch die Warthe bis nach Eichwald und der neuen Brücke. Für Sicherheit bin ich verantwortlich.

Ergebenst
Kozłowski.

Sichere Eisbahn,

vom Eichwaldthor links auf der Warthe nach dem Eichwalde.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.